G 1480

MittelstandsMagazin

Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

11-2008 • 4,– €
www.mitmagazin.com

Der leichte Weg des frischen Geldes

WIE KOMMEN WIR DURCH DIE KRISE?

SCHWERPUNKT
Wirtschaftskriminalität: Größte Gefahr - eigene Mitarbeiter

POLITIK
Gewappnet für die Rezession?

WIRTSCHAFT
Wichtiger denn je: Vertrauen schaffen

UNTERNEHMEN
Steuertipps zum Jahresende

Als Unternehmer bleiben Sie am besten jederzeit **BEWEGLICH** sind Sie mit Software von DATEV. Denn diese können Sie einfach anpassen an neue Situationen in Ihrem Unternehmen.

Bei der DATEV-Software für Rechnungswesen und Personalwirtschaft lassen sich die Aufgaben zwischen Ihnen und Ihrem Steuerberater problemlos abstimmen. Ganz individuell nach der Situation in Ihrem Unternehmen. Und wenn die sich ändert, justieren Sie einfach neu. So können Sie schnell auf Herausforderungen reagieren und bleiben jederzeit flexibel. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater oder unter der Telefonnummer 0800 1001116.
www.datev.de/unternehmensloesungen

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.

FINANZKRISE

Abschwung verhindern, Investitionen ermöglichen, privaten Konsum ankurbeln

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung begrüßt das von der Bundesregierung beschlossene Paket zur Rettung der Finanzmärkte. Es ist richtig, die akuten Liquiditäts- und Kapitalprobleme nicht fallweise, sondern international abgestimmt für den gesamten Markt zu lösen. Es geht der Bundesregierung richtigerweise nicht darum, schlecht geführte Banken zu retten, sondern Ziel des Rettungspaketes ist es, die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes wieder herzustellen.

Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann ist Mitglied der achtköpfigen Programmkommission der CDU Deutschlands zur Vorbereitung des CDU-Parteitags im Dezember.

Ich stimme der Bundeskanzlerin zu, dass auf die deutsche Wirtschaft nun eine sehr schwierige Phase zukommt. Auch die Wirtschaftsforschungsinstitute sprechen in ihrem Herbstgutachten von der Möglichkeit einer Rezession und beziffern deren Wahrscheinlichkeit auf 30 Prozent. In dieser Lage ist die große Koalition gefordert, wirkungsvolle und vor allem vorausschauende Maßnahmen, die einem solchen konjunkturellen Abschwung entgegenwirken, zu ergreifen. Dabei darf es nicht zu einer weiteren Ausdehnung des Staatseinflusses kommen: Ein herkömmliches Konjunkturprogramm wirkt wie ein Strohfeuer und führt letztlich zu noch höherer Staatsverschuldung.

Aus der Sicht der MIT kommen eine Reihe von Maßnahmen in Frage, die die Konjunktur stützen können.

Im privaten Sektor müssen die Steuern für die mittleren Einkommen gesenkt werden, z.B. durch eine Tarifkorrektur (linear-progressiver Tarif statt Mittelstandsbauch), die zu einer spürbaren Entlastung führt. Die ohnehin geplante Abzugsfähigkeit der Kosten für Kranken- und Pflegeversicherung muss auf das Jahr 2009 vorgezogen werden.

Im Unternehmensbereich wäre die Wiedereinführung der soeben erst abgeschafften degressiven AfA ein wirksames Mittel zur Überwindung der Investitionszurückhaltung. Korrigiert werden muss die im Rahmen der Unternehmensteuer-Reform eingeführte Zurechnung von Zinsen sowie des Ertragsanteils von Mieten und Pachten bei der Gewerbesteuer. Insbesondere im wirtschaftlichen Abschwung kann die Gewerbesteuer zu einer gefährlichen Belastung der Unternehmens-Substanz werden.

Für den öffentlichen Sektor betont die MIT erneut die Notwendigkeit, das bisher unterbliebene Umschichten der Staatsausgaben von Konsum auf Investitionen schnellstmöglich nachzuholen. Wir leben von der Substanz. Längst erreichen die Investitionen in die Verkehrs-Infrastruktur nicht einmal mehr die Höhe der Abschreibungen der vorhandenen Anlagen. Neben materiellen Investitionen sind in dieser Lage aber auch Aufwendungen für ideelle Infrastrukturaufgaben geboten, nämlich für Innovation und Bildung.

Es wird schwierig genug, zumal die große Koalition in Zeiten guter Konjunktur für eine solche krisenhafte Situation keinerlei fiskalische Vorsorge getroffen hat. Verzagtheit und kleinkariertes Gezänk sind jetzt fehl am Platz. Die Koalition muss jetzt schnell und pragmatisch handeln. Sie darf die Haushaltskonsolidierung nicht aus den Augen verlieren. Wichtig ist jetzt, einerseits Ausgabendisziplin zu wahren und andererseits die Unternehmen und die Leistungsträger zu mehr Wachstum zu animieren.

NAVIGON

Der sicherste Weg ans Ziel zu kommen

Die NAVIGON AG bringt Design, Innovation und Komfort auf einen Nenner. Mit Assistenzfunktionen wie Reality View Pro und Fahrspurassistent Pro können Sie sich endlich auf das Wichtigste konzentrieren: das Fahren. Mit NAVIGON FreshMaps sind Sie 24 Monate lang up to Date.

Exklusive Vorteile für die Mitglieder der MIT

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen Kreisverband der MIT unter www.mit-virtuell.de.

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU
in Kooperation mit corporate benefits GmbH

POLITIK

3 **Editorial**
MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann zur politischen Lage

5 **Die Seite-5-Karikatur**

6 **Der leichte Weg des frischen Geldes**
Koalition versäumte die Vorsorge in guten Zeiten

12 **Konjunktur: Rezession nicht ausgeschlossen**
Herbstgutachten der Wirtschaftsweisen

13 **Die CSU und die MIT**
Interview mit Hans Michelbach, CSU-MdB

WIRTSCHAFT

14 **Glaubwürdigkeit und Vertrauen als wirtschaftliches Kapital**
Von Prof. Dr. Reinfried Pohl

Schwerpunkt-Themen

18 **Die eigenen Mitarbeiter sind die größte Gefahr**
Wirtschaftskriminalität wird oft bagatellisiert

22 **Steuern sparen**
Rücklagen bilden und Verträge mit der Familie

23 **Alles über das World Wide Web**
3. und letzter Teil unserer Serie

30 **Mehr Kapitalismus wagen**
Friedrich Merz und sein neues Buch

UNTERNEHMEN

25 **Krimi made by Power Point**
Wie Präsentationen zum Erlebnis werden

28 **Steuertipps zum Jahresende**
Abgeltungssteuer ante portas

29 **Ein sogenannter Unternehmertag**
Mittelständler blieben enttäuscht zurück

31 **Änderung des Vergabeverfahrens**
Wettbewerb bleibt auf der Strecke

33 **Recht im Gespräch**

33 **Was würde Ludwig Erhard sagen?**

34 **Aktuelle Urteile**

35 **Bücher – für Sie gelesen**

36 **Bürokratie-Ärger**
Neues von der GEZ

MIT-INSIDE

29 **Leserbriefe**

37 **MIT-Inside**

38 **Namen sind Nachrichten**

39 **Mittelstandspolitik**

40 **MIT-Inside**

42 **Baustelle Berlin**

42 **Impressum**

Die Seite-5-Karikatur

*** Das Rettungspaket ***

Die SPD probt den aufrechten Gang

Warum überquerte das Huhn die Straße?

Plato
Für ein bedeutenderes Gut

Karl Marx
Es war historisch unausweichlich

Darwin
Es war der nächste logische Schritt nach dem Herabsteigen von den Bäumen

Ernest Hemingway
Um zu sterben. Im Regen.

Isaac Newton
Hühner in Ruhe tendieren dazu, in Ruhe zu bleiben. Hühner in Bewegung tendieren dazu, die Straße zu überqueren.

Bill Gates
Uns gehört die Straße. Uns gehört das Huhn. Die Sache geht Sie gar nichts an.

Mark Twain
Die Nachrichten von seiner Überquerung waren stark übertrieben.

Kurt Beck
Ich sag ja immer: Langsam mit de Leut'!

Franz Müntefering
Es hat in dem Moment vor dem Zustand der SPD die Augen verschlossen.

Ursula von der Leyen
Typische Frage eines Mittelstands Magazins. Ich sag ja: Manche Unternehmer schlafen noch auf den Bäumen.

Angela Merkel
Ich weiß es auch nicht, aber in der DDR wäre es nicht passiert. Da waren die Hühner schneller als die Trabbis.

Oskar Lafontaine
Die Linke hat schon immer gefordert, das Dienstwagenprivileg abzuschaffen, den Spritpreis auf 3,- Euro einzufrieren, die Geschwindigkeit auf 60 km/h zu begrenzen und dafür den Eier-Einheitspreis auf 3 Cent zu senken.

G.K.

Der leichte Weg des frischen Geldes

VORSORGE FÜR SCHLECHTERE ZEITEN BLIEB AUF DER STRECKE

„Drei mal 40" hieß einst ein beliebter Wahlkampfschlager von CDU und CSU. Ludwig Erhards Prinzip „Wohlstand für alle" müsse in moderner Version mit dieser Überschrift versehen werden, beschrieb der damalige Kanzlerkandidat Edmund Stoiber vor dem Urnengang 2002 das eingängige Konzept. Die Staatsquote, die Steuersätze und die Sozialabgaben sollten jeweils unter 40 Prozent sinken. Sechs Jahre und eine große Koalition später ist von der einstigen Zauberformel trotz Regierungsführung der Unionsparteien allerdings kaum noch etwas übrig geblieben.

Sozialaufbau statt Staatsverschlankung

Da mit den obrigkeitsverliebten Sozialdemokraten ohnehin nicht „mehr Privat" zu machen ist, fand die strukturelle Senkung der Staatsquote gar nicht erst Eingang ins gemeinsame schwarz-rote Regierungsprogramm. Der Anteil ökonomischer Aktivitäten der öffentlichen Hand an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung verringerte sich zwar insbesondere in den letzten fünf Jahren gegenüber der vereinigungsbedingten Rekordmarke von 49,3 in 1996 kontinuierlich auf nunmehr knapp unter 44 Prozent. Diese Konsolidierung hat aber wenig mit einer konsequenten staatlichen Schlankheitskur zu tun, sondern beruht vor allem auf dem starken Wachstum der Wirtschaft im jüngsten, langsam nachlassenden Aufschwung. Das Sozialprodukt als aussagekräftiger Gradmesser politischer Umverteilung ist zuletzt sogar wieder deutlich angestiegen und erklomm 2007 ein neues Spitzenniveau von insgesamt 706,9 Mrd. Euro. Mit einem Drittel vom BIP ist das eines der höchsten Werte weltweit. Zum Vergleich: Zu Erhards Zeiten lag dieser Anteil bei einem Fünftel und die Staatsquote betrug bescheidene 33 Prozent.

Reichensteuer statt Bierdeckel

Damals, in den 1960er Jahren, wurde der Spitzensteuersatz erst beim 17-fachen des Durchschnittseinkommens fällig, also tatsächlich noch von Spitzenverdienern gezahlt. Heutzutage greift er schon beim 1,4-fachen des Ottonormal-Salärs. Auch hier ist von der magischen 40-Prozent-Grenze kaum mehr die Rede. Im Gegenteil verständigten sich CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag darauf, die so genannte „Reichensteuer" einzuführen. Mit ihr stieg zum 1. Januar 2007 der Höchstsatz von bis dato 42 Prozent durch eine neue Proportionalzone für Einkommen ab 250.001 Euro auf stolze 45 Prozent. Mit Inkrafttreten der Unternehmenssteuerreform gilt dieser Satz inzwischen auch für Gewinneinkünfte. Auf mehr Netto vom Brutto kann die zuletzt von kalter Progression arg gebeutelte Mittelschicht wohl frühestens nach dem nächsten Urnengang hoffen. Denn ihre Einkommensteuerreform-Ideen wollen beide großen Volksparteien erst zur Stimmabgabe im kommenden Herbst präsentieren. Selbst im eilig vor den bayerischen Landtagswahlen zusammengestellten Drei-Stufen-Konzept der Christsozialen traut man sich nicht mehr mutig unter die 40er-Marke.

Einhalt gebietet den Begehrlichkeiten des Finanzminister in diesen Tagen, so scheint´s,

Foto: Vario images

allein noch das Bundesverfassungsgericht. Die von der Koalition in Aussicht gestellte stärkere Berücksichtigung von Kranken- und Pflegeversicherungsaufwendungen mit einem Entlastungsvolumen von immerhin neun Mrd. Euro folgt ebenso Karlsruher Vorgaben wie eine demnächst wohl notwendige Korrektur der gekürzten Pendlerpauschale. Aus eigenem Antrieb serviert die Regierung im kommenden Jahr mit der Anpassung des Kinderfreibetrages an die gestiegene Lebenshaltung und einer besseren Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen wie Kindermädchen oder Handwerkerrechnungen nur dünne Kost. Ob angesichts der dunklen Wolken am Konjunkturhimmel in nächster Zeit überhaupt noch Spielräume für einen großen Steuerreformwurf vorhanden sind, steht sowieso in den Sternen. In Zeiten der Finanzmarktkrise mag man von „höherer Aufschwungdividende" nicht mehr reden; da erscheinen Visionen wie der „Leipziger Bierdeckel" als eine Erinnerung an längst vergangene Zeiten. Dabei wäre ein kräftiges Entlastungssignal für die vom Börsentaumel stark verunsicherten Verbraucher gerade jetzt von Nöten, um die Binnenkonjunktur zu stützen. Stattdessen werden mit dem Überschwappen auf die Realwirtschaft Rufe nach Konjunkturprogrammen immer lauter, obwohl die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte schmerzlich gezeigt haben, dass diese teuren Strohfeuer die falsche Medizin sind.

Fragwürdige Abgabenpolitik

Zurück zur Zauberformel. Nicht nur der Fiskus, auch die Sozialkassen fordern in deutschen Landen traditionell ihren einträglichen Batzen vom hart Erarbeiteten. Immerhin, hier verpflichteten sich Union und SPD im Koalitionsvertrag, die Lohnzusatzkosten „dauerhaft auf unter 40 Prozent zu senken." Am Beginn stand aber zunächst einmal kreative Buchführung. Als eines der ersten großen sozialpolitischen Gesetzgebungsvorhaben verabschiedete die frisch gewählte Regierung in Sorge um die Zahlungsfähigkeit der Rentenkasse bereits nach wenigen Wochen eine Neuregelung der Zahlungsfristen für die Sozialbeiträge. Durch diese noch unter Rot-Grün ersonnene Umstellung kam es im Jahr 2006 statt zu zwölf nun zu 13 Fälligkeitsterminen, was allen Sozialversicherungen auf einen Schlag einen gewaltigen Liquiditätsschub von rund 20 Milliarden Euro bescherte. Und den fürs Inkasso verantwortlichen Unternehmen halste diese Maßnahme neben dem Entzug selbiger Summe flüssigen Geldes in der Umstellungsphase jede Menge zusätzlicher Abrechnungsbürokratie auf. Im Mittelstand ist das noch heute ein echtes Aufregerthema. Genauso wie die wenig später folgende Anhebung der Pauschalabgaben für die beliebten Minijobs, mit der man seither noch einmal jährlich 650 Millionen von den Arbeitgebern zusätzlich einsammelt.

Teure Rentengeschenke

Den Beitragssatz zur Rentenversicherung erhöhte die Regierung allerdings trotzdem nur Monate später von 19,5 auf 19,9 Prozent. Und als letztes machte man sich dann in diesem Sommer aus Angst vor entrüsteten Ruheständlern daran, den so genannten „Riester-Faktor" kurzerhand auszusetzen, damit die 20

Millionen Senioren nach mehreren Nullrunden 2008 endlich in den Genuss einer „satten" Erhöhung von 1,1 statt der rechnerisch ihnen zustehenden 0,54 Prozent kommen konnten. Dieser politische Eingriff in die Rentenformel kommt Bund und Beitragszahlern mit zwölf Mrd. Euro in den kommenden fünf Jahren teuer zu stehen. Finanziert wird das insbesondere durch einen Verzicht auf zuvor versprochene Beitragssatzermäßigungen ab 2011. Die neueste Idee von Schwarz-Rot ist übrigens eine höhere Altersabsicherung von Hartz-IV-Beziehern – selbstverständlich bezahlt durch Steuer- und Beitragszahler.

Verpasste Kapitaldeckung

Auch die schwarz-rote Pflegereform hat die Lohnzusatzkosten nicht reduziert. Um weitere 0,25 Prozentpunkte stieg der dortige Beitragssatz zum 1. Juli an. Das „Weiterentwicklungsgesetz" löste entgegen seines verheißungsvollen Namens keines der gewaltigen Strukturprobleme in der sozialen Pflegeversicherung. Vor allem fehlt der noch im Regierungsprogramm vereinbarte Einstieg in die kapitalgedeckte Vorsorge. Das System taumelt damit weiterhin unvorbereitet auf die absehbaren demographischen Veränderungen zu. Die beschlossenen Leistungsausweitungen verschärfen sogar noch die künftigen Finanzierungsprobleme. Der Horizont dieser „Reform" reicht gerade einmal für sieben Jahre, dann sind die Pflegekassen wieder leer. Kein anderer Zweig der Sozialversicherung ist nach Ansicht von Fachleuten so schlecht für die Zukunft aufgestellt.

ERNÜCHTERNDE BILANZ

Das Fazit nach drei Jahren großer Koalition fällt für Leistungsträger ernüchternd aus. Strukturreformen sucht man - mit Ausnahme der „Rente mit 67" - vergebens. Statt den üppigen deutschen Sozial- und Steuerstaat durch konsequente Aufgabenkritik sowie mehr Eigenverantwortung der Bürger langfristig finanzier- und bezahlbar zu machen, hat sich die Regierung durch immer neue Leistungsversprechungen, gepaart mit tieferen Griffen in die Taschen der Beschäftigten, auf einen orientierungslosen Zick-Zack-Kurs begeben. Von spürbar mehr Netto vom Brutto keine Spur. Dieser leichte Weg des frischen Geldes könnte sich spätestens beim nächsten Abschwung bitter rächen.

Einheitsbeitragsschock

Für deren große Schwester, die Gesetzliche Krankenversicherung, hieß es im Koalitionsvertrag vollmundig, man wolle das Niveau von damals schon stolzen 14,2 Prozent „mindestens stabil halten und möglichst senken". Allein im laufenden Jahr speisen die Beitragszahler jedoch bereits sieben Mrd. Euro mehr ins Gesundheitssystem als noch zu Amtsantritt der Regierung. 2009 stünden wegen der günstigen Lohn- und Gehaltsentwicklung selbst bei unveränderten Sätzen 2,2 Mrd. Mehreinnahmen zur Verfügung – plus einem erhöhten Bundeszuschuss aus dem Steuertopf von weiteren 1,5 Mrd.

Dass dies trotz bestehendem Rekordbeitragsniveau von im Schnitt 14,9 Prozent immer noch nicht reicht, liegt weniger am neuen Gesundheitsfonds, als an der Politik. Denn statt Ausgabenwachstum zu bremsen, versprach man Ärzten üppige Honorarzuwächse und Kliniken weitere Finanzspritzen. Beides addiert sich auf Zusatzkosten von rund 6 Mrd. Euro. Die Rechnung für den Beitragszahler kam postwendend: Der neue Einheitsbeitrag soll bei 15,5 Prozent liegen. Für 92 Prozent der rund 50 Millionen gesetzlich Versicherten wird es so abermals teurer im nächsten Jahr. Wer Glück hat, bekommt von seiner günstig wirtschaftenden Kasse eine Prämie ausgeschüttet, wer Pech hat, muss oben drauf noch einen Zusatzobulus entrichten.

Rettung aus Nürnberg

Um diesen jüngsten Beitragsschock abzumildern, plant die Bundesregierung, parallel abermals den Satz zur Arbeitslosenversicherung kräftig auf 2,8 Prozent abzusenken. Wohlgemerkt befristet auf 18 Monate, dann

HP ProLiant. Leistung, die Sie sich leisten können.

UMDENKEN BEIM THEMA PREIS:

HP ProLiant DL120 G5 und HP ProLiant DL180 G5 Server. Optimierte Effizienz.

HP ProLiant Server sind bekannt für Zuverlässigkeit und erstklassige Energieeffizienz. Jetzt kommen weitere wichtige Pluspunkte hinzu: die günstigen Preise. Wo sonst bekommen Sie einen Rack-optimierten Server mit Intel® Xeon® Prozessor und der außergewöhnlichen Leistungsfähigkeit eines HP ProLiant Servers für so wenig Geld?

Technologien für Ihren Geschäftserfolg.

HP ProLiant DL120 G5 Server
- Mit Intel® Xeon® Prozessor
- 1-Socket-Rack-Server mit ungewöhnlich hoher Leistung pro Watt*
- Kostengünstige 1U-Plattform
- HP Care Pack Services – nutzen Sie die IT-Kompetenz von HP für sich

Bestellnummer: 470064-762

€ 570 inkl. MwSt.

HP ProLiant DL180 G5 Server
- Mit Intel® Xeon® Prozessor
- 2-Socket-Rack-Server mit außerordentlicher Leistung pro Watt*
- Kostengünstiger 2U-Server
- HP Care Pack Services – nutzen Sie die IT-Kompetenz von HP für sich

Bestellnummer: 460193-425

€ 1.048 inkl. MwSt.

Mehr Informationen erhalten Sie auf www.hp.com/de/umdenken-proliantserver oder unter 01805 23 34 70 (deutsches Festnetz 14 Cent/Minute, Mobilfunk eventuell abweichend)

© 2008 Hewlett-Packard Development Company, L.P. Intel, das Intel Logo, Xeon und Xeon Inside sind Marken der Intel Corporation in den USA und anderen Ländern.
*Basierend auf aktuell veröffentlichten Richtwerten. Erfahren Sie mehr auf http://www.hp.com/servers/benchmarks.

steigt der Beitrag wieder ein Stück auf 3,0. Die Nürnberger Bundesagentur (BA) ist ohnedies der einzige Lichtblick auf weiter Flur. Dank des zuletzt robusten Aufschwungs und eines fulminanten Rückgangs der Arbeitslosigkeit konnte sie trotz der eine Milliarde Euro teuren, beschäftigungspolitisch unsinnigen, aber populistisch verheißungsvollen Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges zweistellige Milliardenreserven anhäufen, die die Koalition jetzt zum zweiten Mal in Folge als Kompensation für Zusatzbelastungen in den anderen Systemen nutzt.

Vorher zieht der Bundesfinanzminister allerdings den Beitragszahlern stolze fünf Milliarden Euro aus der Tasche, um aus dem BA-Topf Arbeitslosengeld-II-Empfänger zu fördern. Diese ureigene Aufgabe des Staates müsste als Fürsorgeleistung eigentlich breitschultrig aus Steuern bezahlt werden. Deshalb klagen Arbeitgeber und Gewerkschaften in seltener Einmütigkeit gerade gemeinsam vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den so genannten Eingliederungsbeitrag. Ohne ihn und weitere versicherungsfremde Leistungen im Umfang von drei Mrd. Euro, wie die überbetriebliche Berufsausbildung oder das Nachholen des Hauptschulabschlusses, könnte der Arbeitslosenbeitrag eigentlich noch deutlich stärker sinken.

Durchsichtige Rechentricks

Dann hätte die große Koalition trotz ihrer linke-Tasche-rechte-Tasche-Politik das einzig verbliebene 40-Prozent-Ziel vielleicht doch noch erreichen können. Jetzt aber hilft ihr dabei nur noch ein platter Kunstgriff. Statt von Lohnzusatzkosten spricht man regierungsamtlich seit einigen Monaten lieber von den „paritätischen Sozialabgaben". Dieser durchsichtige Rechentrick erlaubt es nämlich, jene 0,9 Prozentpunkte in der Gesamtaddition der Beitragslast außer Acht zu lassen, die seit 2005 in der Krankenkasse allein von den Versicherten zu tragen sind. Solche Augenwischerei hilft den Geschröpften natürlich herzlich wenig. Wäre die Bundesregierung eine Bank, würde man in diesen Tagen wohl von Bilanzmanipulation sprechen. Dass die neuen Belastungen meist alle treffen, aber die Entlastungen nicht, kommt erschwerend hinzu. Selbstständige und Freiberufler zahlen in der Regel nicht in die Nürnberger Arbeitslosenkassen ein. Rentner ebenso wenig. Sie haben aber die volle Packung der steigenden Gesundheits- und Pflegekosten zu schultern.

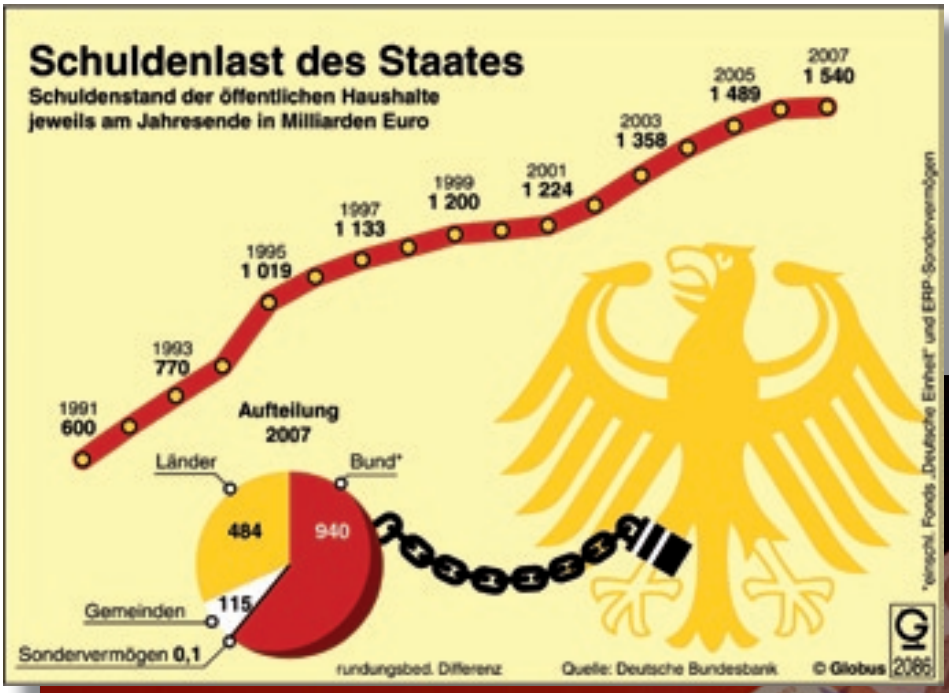


Foto: Pixopia

Die bitter notwendige strukturelle Senkung der Staatsquote hat keine Aufnahme in die Vereinbarungen der Koalition in Berlin gefunden.

JUNG v. MATT

Sparkassen-Finanzgruppe

Ihr Unternehmen soll wachsen?
Wir helfen Ihnen dabei.

Wir sorgen für Aufwind im Mittelstand: Mit ganzheitlichen Finanzierungs- und Beratungslösungen von Existenzgründung, über Expansion auch ins Ausland, bis hin zur Nachfolgeregelung. Infos in Ihrem Sparkassen-Firmenkunden-Center und unter www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

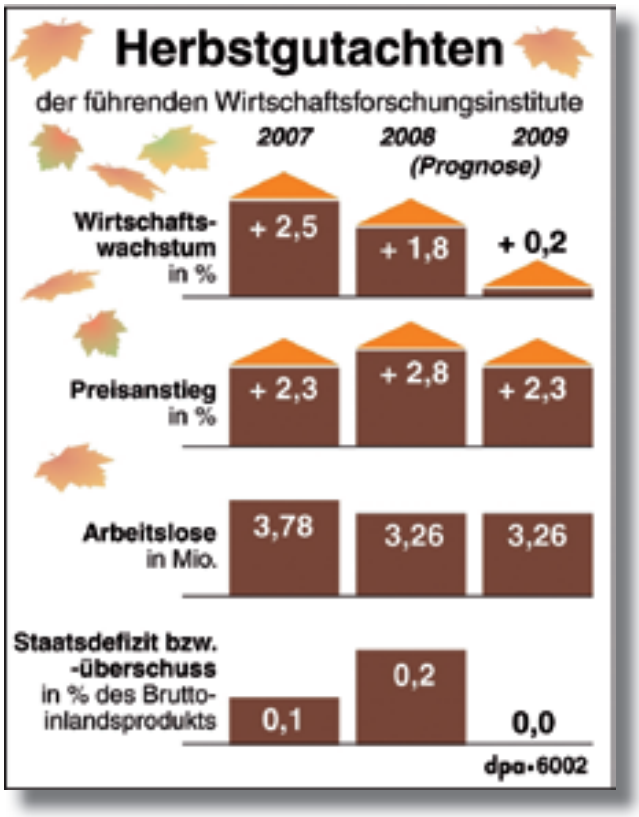
Konjunktur:
Am Rande der Rezession

Deutschland befindet sich nach Ansicht der Spitzenökonomen zwischen Flaute und Abschwung. Im schlimmsten Fall drohen ein Schrumpfen und der Verlust hunderttausender Arbeitsplätze. Die Forscher loben das Bankenrettungspaket der Regierung, warnen vor Konjunkturprogrammen und fordern schnellere Entlastung der Bürger.

Alljährlich im Herbst betrachten die acht führenden Forschungsinstitute im Auftrag der Bundesregierung die weitere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Angesichts der außergewöhnlichen Lage am Weltfinanzsystem fällt dieser Blick in die Zukunft selbst den professionellen Beobachtern ungleich schwerer als sonst. Mit einem Kunstgriff haben sich die Professoren aus der Affäre gezogen: Sie schildern eine halbwegs freundliche Perspektive und eine ziemlich düstere.

Optimistische Variante

Die optimistische Variante, nach der die Konjunktur „nur" eine Pause einlegt, basiert auf der Annahme, die Bankenkrise lasse sich mit Hilfe der weltweit beschlossenen Rettungspakete ohne größere Folgen für die Realökonomie überwinden. Wenn die produzierende Wirtschaft weiter Kredite erhält, könnten die Unternehmen glimpflich davonkommen. Denn entlastend wirken der erwartete Rückgang der Energiepreise und die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar. Dadurch werden deutsche Waren im Ausland billiger, kann der Exportmotor wieder anspringen. In ihrem so genannten „Basisszenario" für 2009 unterstellen die Wissenschaftler deshalb, dass sich die heimische Produktion mit einer allmählichen Stabilisierung der Weltwirtschaft ab Mitte kommenden Jahres langsam belebt. Selbst dann würde Deutschland mit 0,2 Prozent zwar kaum noch wachsen und die Zahl der Erwerbstätigen etwas zurückgehen. Die Arbeitslosigkeit bliebe aber bei 3,263 Millionen bzw. einer Quote von 7,5 Prozent stabil auf niedrigem Niveau. Dass man mit einem blauen Auge davon kommen könnte, begründen die Forscher mit einer im Vergleich zu früheren Abschwüngen deutlich günstigeren Ausgangslage: Die Firmen hätten an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen, die Beschäftigungslage sei robust und daher auch nicht mit einem Einbruch der verfügbaren Einkommen zu rechnen. Damit sich diese Hoffnung erfüllt, darf der Ölpreis aber die 100-Dollar-Marke nicht zu sehr überspringen und der nach wie vor müde Konsum muss nach den jüngsten kräftigen Lohnrunden tatsächlich anspringen.



Alternativ: Risikoszenario

Weil das ziemlich viele Unwägbarkeiten sind, könnte es allerdings auch schlimmer kommen. Im alternativen „Risikoszenario" unterstellt das Gutachten deshalb gravierende Folgen der Finanzkrise auf die Gesamtwirtschaft. Für diesen Fall erwartet man ein echtes Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts um 0,8 Prozent im nächsten Jahr. Damit geriete Deutschland „in eine ausgeprägte Rezession, wie sie zum Beispiel nach dem Ölpreisschock in den siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre zu beobachten war," heißt es in der Gemeinschaftsdiagnose. Auch die private Kauflaune würde dann zurückgehen, weil die Menschen aus Verunsicherung mehr sparten. Käme 2009 wirklich der Abschwung, droht ein Verlust von fast 400.000 Jobs, die Arbeitslosenquote stiege um 0,8 Punkte auf 8,3 Prozent. Die Institute schränkten zwar ein, dass sie diese pessimistische Modellrechnung nach wie vor für weniger realistisch halten. Die Gefahr einer ungünstigeren Entwicklung habe sich in den vergangenen Wochen aber vergrößert. Die Wahrscheinlichkeit dafür beziffern sie auf immerhin 33 Prozent.

Keine Konjunkturpakete

So oder so werde sich die Lage der öffentlichen Haushalte im Zuge der Konjunkturschwäche verschlechtern. Ist den Forschern sonst der Sparwille der Regierung regelmäßig zu lasch, findet die derzeitige Lockerung des Konsolidierungskurses der Koalition zur Bewältigung der Finanzkrise ausdrücklich die Billigung des versammelten wirtschaftlichen Sachverstands. Die bei staatlichen Interventionen normalerweise höchst misstrauischen Professoren loben zudem explizit das entschlossene Eingreifen der Politik in den Bankensektor. Klassische Konjunktur- und aktionistische Ausgabenprogramme, wie jüngst von SPD-Linken und Gewerkschaften gefordert, lehnen die Experten aber trotz der Rezessionsgefahr kategorisch ab. Sie empfehlen stattdessen, „die Wachstumskräfte auf mittlere Sicht zu stärken." Konkret rät man dazu, ohnehin geplante Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur zeitlich vorzuziehen. Zugleich schlagen sie eine Entlastung der Bürger vor und regen an, den Sonderausgabenabzugs bei Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen schon 2009 zu gewähren. Auch eine weitere Senkung der Lohnzusatzkosten sei möglich. Durch stärkeren Subventionsabbau und enge Begrenzung konsumtiver Ausgaben der öffentlichen Hand ließe sich trotzdem sicherstellen, dass es nicht zu dauerhaft höherer Staatsverschuldung komme.

kss

WEBTIPP

www.ifw-kiel.de
(„Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2008")

DAS INTERVIEW

Der Union fehlt das klare Profil

Interview mit Hans Michelbach, CSU-MdB und Vorsitzender der bayerischen Mittelstands-Union

Inwieweit sehen Sie den Mittelstand von der Finanzkrise betroffen?
Hans Michelbach: Auch der Mittelstand kann sich dem Sog der Finanzkrise nicht entziehen und wird dadurch stark belastet werden. Schon jetzt steigen die Finanzierungskosten der Unternehmen. Auch der Zugang des Mittelstands zu Krediten ist schwerer geworden. Dennoch hoffe ich, dass es durch die geplanten Staatshilfen der Bundesregierung mit dem Finanzierungsstabilisierungsgesetz nicht zu einer Kreditklemme kommt. Denn das hätte fatale Auswirkungen auf den Mittelstand.

Kann der Mittelstand irgendetwas aus eigener Kraft tun, um sich vor den Auswirkungen der Krise zu wappnen?
Michelbach: Gerade in der globalen Finanzkrise erweist sich unser starker, breit aufgestellter Mittelstand als großer Vorteil der deutschen Volkswirtschaft. Denn durch den geringen Anteil der Finanzwirtschaft an unserer nationalen Wertschöpfung sind wir weit weniger betroffen als z.B. die USA und Großbritannien.

Der beste Eigenschutz des Mittelstands gegen die Auswirkungen der Finanzkrise ist eine gesunde Eigenkapitalstruktur. Diesen Kurs gilt es weiterhin zu halten und auch durch staatliche Unterstützung zu flankieren. Die Gewerbesteuer muss gesenkt werden und man muss sich überlegen, wie zusätzliche Abgabenbelastungen verhindert werden können.

In Bayern haben, ersten Analysen zu Folge, sich vor allem Wähler aus der Mittelschicht von der CSU abgewandt. Was ist schief gelaufen?
Michelbach: Die Politik der schmerzhaften Kompromisse und Zugeständnisse der großen Koalition, für die in erster Linie die SPD verantwortlich ist, hat sicherlich einen sehr großen Anteil an dem schlechten Abschneiden der CSU. Aber auch innerhalb der Union fehlt das klare Profil – es fehlt die klare ordnungspolitische Orientierung. Das Anti-Diskriminierungsgesetz, das Erbschaftsteuergesetz, das Desaster beim Mindestlohn und die ordnungspolitischen Sünden wie die um sich greifenden Substanzbesteuerungen sind nur einige Beispiele für eine Politik, die nicht zukunftsweisend ist, sondern unserem Wirtschaftsstandort schadet.

Die CSU hatte in ihrem Wahlkampf vor allem auch ein Glaubwürdigkeitsproblem mit ihrer Steuerentlastungspolitik, weil sie nicht von der Bundesregierung unterstützt wurde und sich in Berlin nicht durchsetzen konnte.

Welche Folgerungen ziehen Sie aus dem Wahlausgang in Bayern für die Politik der Union im Bund?
Michelbach: Das für die CSU katastrophale Ergebnis der Landtagswahl zeigt, dass die Union im Hinblick auf die Bundestagswahl sich wieder auf ihre bürgerlichen Stammwähler konzentrieren muss. Die CSU war schon immer eine Eigentumsschutz- und Leistungsschutzpartei. Diese Glaubwürdigkeit darf mit dem Erbschaftsteuerreformgesetz nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die Familienunternehmen sind unsere Stabilitätsfaktoren. Diese müssen wir unterstützen. Wir haben im Bund nur dann eine Chance auf eine bürgerliche Koalition, wenn die Union ihre fortschreitende Sozialdemokratisierung beendet und sich konsequenter als bisher als Partei der Sozialen Marktwirtschaft profiliert.

HANS MICHELBACH

Hans Michelbach, CSU-MdB, ist Vorsitzender der bayerischen Mittelstands-Union und stellv. Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung

Die Mittelständler in der CDU waren und sind bisher die einzigen, die das wirtschaftspolitische Profil der Union in der großen Koalition für zu unscharf hielten und halten. Kommt jetzt Verstärkung aus der MU?
Michelbach: Schon bisher war es vor allem die CSU, die in der großen Koalition die bürgerlichen Positionen immer wieder angemahnt hat. Gerade die konsequente Haltung der CSU gegen ein eigentums- und mittelstandsfeindliches Erbschaftsteuergesetz belegt, dass die CSU der stärkste Kämpfer im Bund für die Soziale Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard ist und den SPD-Forderungen entgegensteht. Der Wirtschaftsflügel der Union muss selbstbewusst und geschlossen seine praxisnahen Forderungen verstärkt vertreten und wirtschaftliche Kompetenz zum Erfolg führen. Die wenigen Unternehmer in der Politik haben hierzu die höchste Glaubwürdigkeit.

Was sollte, was muss sich konkret in Sachen Wirtschaftspolitik der Union bis zur Bundestagswahl ändern?
Michelbach: Wir müssen uns unmissverständlich wieder mehr auf die Ordnungspolitik besinnen. Dazu gehört das klare Bekenntnis zu Freiheit und Wettbewerb. Dazu gehört die Stärkung der Eigenverantwortung, um Leistung und Leistungsbereitschaft zu stärken. Es darf nicht sein, dass der Staat immer mehr für sich beansprucht. Das deutsche Steuer- und Abgabensystem belastet die leistungsbereite Mittelschicht zu stark. Wir brauchen deshalb durchgreifende Entlastungen für Arbeitnehmer und Mittelstand.
Unternehmerische Eigenverantwortung benötigt ein Minimum an Vorschriften. Seit Jahren beobachten wir, dass der Staat die dafür notwendigen Spielräume zunehmend einengt.

Günter Kohl

Glaubwürdigkeit und Vertrauen als wirtschaftliches Kapital

Von Professor Dr. Reinfried Pohl

Gründer und Vorstandsvorsitzender der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG)

Würden die Menschen glauben, was sie so alles lesen und hören, dann wäre die Frage der Glaubwürdigkeit kein Thema in Deutschland. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Immer mehr Menschen verlieren Vertrauen in Teile der Politik, in Teile des Managements und auch in Teile der öffentlichen Verwaltung und der Justiz. Besonders betroffen von einem Glaubwürdigkeitsverlust sind derzeit jedoch vor allem Banken und die Finanzwirtschaft.

Mit Werten gewachsen

Es wäre vermessen, hier lang bewährte Institutionen unserer Wirtschaft und Gesellschaft in Gänze zu verteufeln. Das würde der Sache nicht gerecht und wäre sicherlich ein Schlag ins Gesicht der meisten Bürgerinnen und Bürger, die in ihrem Beruf oder auch ehrenamtlich, in öffentlichen Funktionen oder auch als Erzieher im familiären Bereich Botschafter und Vermittler unseres Wertesystems sind und das tragen, was man gemeinhin als Bürgergesellschaft bezeichnet. Allerdings wird der geneigte Leser im Alltag nicht immer, aber immer öfter auch feststellen, dass manches nicht mehr rund läuft, es hakt, und mitunter Entscheidungen getroffen werden, die mit nüchternem Menschenverstand kaum mehr nachvollziehbar sind. Dies trifft zu im Kleinen wie im Großen.

Die Deutsche Vermögensberatung ist ein Paradebeispiel für ein Unternehmen, das mit Werten gewachsen ist. Ein ganz wichtiger Wert dabei war und ist das Vertrauen: das Vertrauen in das Management, das Vertrauen in die Qualität der Beratung, das Vertrauen in die verkauften Produkte, das Vertrauen in die ganze Kundenbeziehung. Vertrauen ist immaterielles Kapital, das durch verantwortungslose Kurzschlusshandlungen rasch aufgezehrt werden kann. Dann ist es mitunter unwiderruflich verloren oder aber nur mit Mühe – wenn überhaupt – wieder herstellbar. Gerade vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis ist es wichtig, dass in Deutschland wieder eine stärkere Kultur des Verantwortungsbewusstseins und der Hingabe für das Unternehmen und seinen Zielen erwächst. Das gilt insbesondere für das Management.

Im Inneren rumort es

Zu viele Manager haben einen Zeitvertrag in der Tasche und sind nur darum bemüht, dass sie für sich persönlich genügend Geld machen. Jeder muss bei sich anfangen und nicht immer nur die Fehler bei anderen suchen. Man muss sich mit dem Unternehmen identifizieren und es zu einem Teil seines Selbst machen. Wenn jemand seine Aufgabe und Verantwortung nur von 9:00 Uhr morgens bis 17:00 Uhr und nur fünf Tage in der Woche wahrnimmt, dann kann das insbesondere im leitenden Management nicht funktionieren.

Woran hapert es? Es werden Gesetze formuliert, aber deren Durchsetzung scheitert an formalen Hürden oder am emotionalen Beharrungsvermögen relevanter Entscheidungsträger quer durch alle Hierarchien und Ämter. Da wird Deutschland zum wiederholten Male hintereinander Exportweltmeister, aber im Innern führender deutscher Unternehmen rumort es heftig. Da geben sich Vorstandsvorsitzende im Wechsel die Klinke in die Hand, aber die Botschaft bleibt dieselbe: „Kosten senken“ und nicht „Neue Arbeitsplätze schaffen“. Das führt dann dazu, dass ehemals klangvolle Namen aus der deutschen Wirtschaft verschwinden, oder dass Spitzenunternehmen zwar mit dem Prädikat „made in Germany“ groß geworden sind, sie nun aber überwiegend

„Mr. Allfinanz“, DVAG-Gründer Professor Dr. Reinfried Pohl

im Ausland produzieren, ihre Kunden im Ausland haben und internationalen Anlegern gehören.

Auf die Ursprünge besinnen

Wenn heute nur noch weniger als die Hälfte der Unternehmen, die bei dessen Einführung im Jahr 1988 den Deutschen Aktienindex DAX bildeten, im Leitindex der Deutschen Börse enthalten sind, wenn auch große Banken und führende Versicherungsunternehmen in den letzten Jahren ihren Namen und mitunter auch ihre Eigenständigkeit verloren haben, dann spricht manches dafür, dass der eine oder andere Manager den Zug der Zeit verpasst hat oder auf dem Weg in die Globalisierung unserer Welt am Rande der Strecke liegen geblieben ist.

Aber auch auf der anschließenden Aufholjagd um verlorene Marktanteile und nachhaltiges Wachstum wurden bzw. werden Fehler gemacht. Zweifelsohne sollten wir die Fähigkeiten, die uns vortrefflich machen, ausbauen und fördern. Denn wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit. Allerdings ist es ein Irrweg zu glauben, wir sollten nur noch das tun, was wir besonders gut können und alles andere liegen lassen. Sicherlich hat die moderne Managementstrategie des „Outsourcens“ von Aktivitäten manchem Unternehmensergebnis Flügel verliehen. Allerdings: übermäßiges Auslagern von Unternehmensaktivitäten reduziert systematisch die Bindung der Führungskräfte an ihr Unternehmen und ihr Verantwortungsgefühl. Es ist zwar einfach für den Manager, wenn er in schwierigen Konjunkturphasen Verantwortung auf den „Outsourcing“ Partner schieben kann. Es wird aber schwierig für ihn, wenn er in späteren Aufschwungphasen nicht mehr über hinreichend eigene Kapazitäten verfügt, um Kundenwünsche erfüllen zu können.
Ich glaube, wir alle täten gut daran, bei unseren Entscheidungen – im unternehmerischen wie im privaten Bereich mehr das zu beherzigen, was ich meine „Zehn Gebote für nachhaltiges unternehmerisches Handeln in unserer Gesellschaft“ genannt habe:

- **Mehr Vorangehen statt Mitlaufen:** Wir sollten uns öfter zu Treibern einer Idee statt zu Mitläufern eines Systems machen.
- **Mehr Zutrauen statt Misstrauen:** Wir sollten mehr an uns und unser Potenzial glauben statt vor der Zukunft zu resignieren.
- **Mehr Wert schaffen statt Substanz vergeuden:** Wir sollten immer daran arbeiten, Neues zu schaffen und uns nicht nur auf Bewährtem ausruhen.
- **Mehr Anteilnahme statt Abwesenheit:** Wir sollten uns bei dem, was wir tun, bewusst sein: Wir stehen mitten im Leben und nicht daneben!
- Eigeninitiative statt Fremdbestimmung: Wir sollten mehr Eigenständigkeit wagen und selbst anpacken statt auf andere zu warten.
- **Wagemut statt Unmut:** Wir sollten das positiv verändern, was wir verändern können, statt uns über Zustände zu ärgern, die wegen Untätigkeit so bleiben wie sie sind.
- **Mehr Vorbild statt Nachahmer:** Wir sollten mit unserem Denken und Handeln anderen ein Vorbild sein, und nicht immer darauf setzen, dass andere für uns denken und handeln.
- **Mehr Unternehmen statt Wegnehmen:** Wir sollten mehr eigenes Engagement entwickeln und weniger auf die Transferleistungen anderer hoffen.
- **Mehr Ziehen statt Zaudern:** Wir sollten gerne Leistung erbringen und nicht warten, bis andere dies tun.
- **Mehr Nachhaltigkeit statt Kurzlebigkeit:** Wir sollten bei dem, was wir tun, nicht nur an heute, sondern auch an morgen und übermorgen denken.

Helfen Sie dem Jaguar am Amazonas.

Schon mit 3 Euro im Monat schützen Sie Lebensraum und damit die Artenvielfalt am Amazonas. Retten Sie mit. Unterstützen Sie den WWF.

✆ 069/7 91 44 -111 oder **wwf.de**

☐ **Ja, ich rette mit!**

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich mehr Informationen, wie ich dem Jaguar am Amazonas helfen kann.

Name, Vorname

Straße, Nummer

PLZ, Ort Telefon

Y1210

Bitte schicken Sie diesen Coupon ausgefüllt an: **WWF Deutschland**, Rebstöcker Straße 55, 60326 Frankfurt a. M. Oder faxen Sie ihn an: 069/7 91 44-112

Hier herrscht Lexware.

REINSCLASSEN

Damit auch die Ordnung mitwächst.

Ihr Unternehmen ist den Kinderschuhen längst entwachsen? Dann legen Sie Ihre Unternehmens-Finanzen am besten in die Hände eines Vollprofis. Wie Lexware financial office pro. Denn dieses Power-Paket ist in allen Bereichen der Buchhaltung zuhause. Immer auf dem neuesten Stand der Gesetze und natürlich mehrplatzfähig.

Lexware financial office pro: Schafft Ihrem Unternehmen Luft nach oben.

Jetzt 4 Wochen kostenlos testen!

Jetzt bestellen unter 0180 5398011, auf www.lexware.de/shop oder überall, wo es Software gibt.

LEXWARE

Foto: BilderBox

WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT

Die eigenen Mitarbeiter sind die größte Gefahr

Im deutschen Einzelhandel entsteht alljährlich 3,3 Milliarden Euro Schaden wegen Diebstahls in den Läden.

Die Fakten sind hinreichend bekannt: Allein im vergangenen Jahr entstand dem deutschen Einzelhandel ein Schaden von fast 3,3 Milliarden Euro durch Diebstahl in den Läden. Zwei Drittel der verschwundenen Waren wurden von Kunden geklaut, der Rest von unehrlichen Mitarbeitern. Damit nicht genug, hat das Kölner Handels-Forschungsinstitut EHI weitere 350 Millionen Euro aufgelistet, die von Lieferanten oder von auswärtigen Servicekräften entwendet wurden. Einschließlich Fehlbuchungen und anderer Mängel im Geschäftsablauf kommen jedenfalls vier Milliarden Euro zusammen, etwa 0,75 Prozent des Jahresumsatzes.

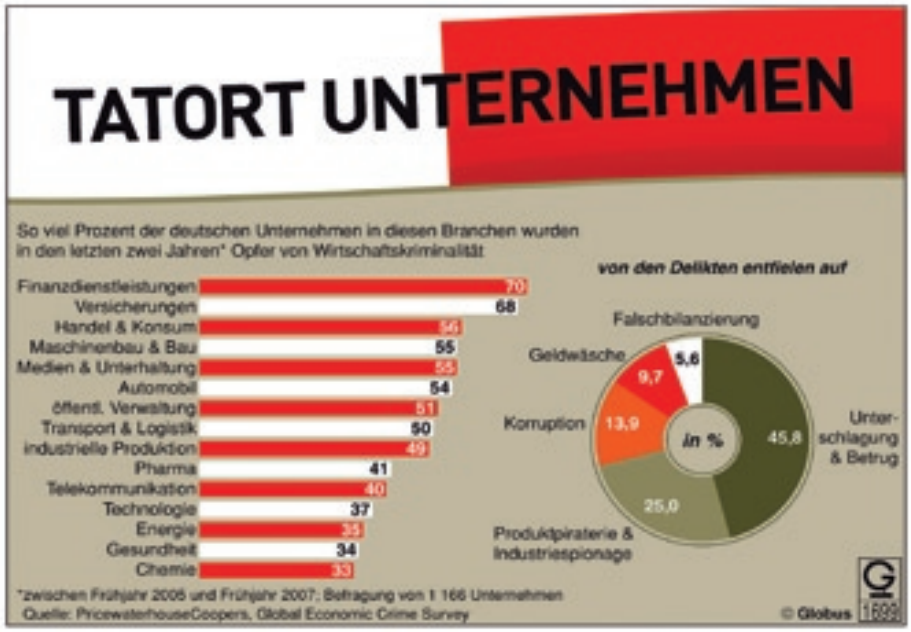
Frank Horst vom EHI: **„Teilweise räumen Banden ganze Regale mit Kosmetika oder Rasierklingen aus."**

„Der organisierte Ladendiebstahl wird von den Unternehmen als größtes Problem betrachtet", erläutert Frank Horst vom EHI. „Teilweise räumen Banden ganze Regale mit Kosmetika oder Rasierklingen aus." Dabei würden die Täter immer dreister, und die Gewaltbereitschaft steige zunehmend. Hätten die Diebe früher die Waren in Taschen oder unter der Jacke versteckt, so würden sie heute ganz offen damit wegrennen. Die Polizeistatistik erfasste für 2007 gut 400.000 angezeigte Ladendiebstähle, doch die Dunkelziffer ist erheblich größer.

Probleme verdrängt

Die Wirtschaftsprüfer von Pricewaterhouse-Coopers (PWC) haben sich darüber hinaus mit den kriminellen Machenschaften in der firmeneigenen Belegschaft beschäftigt, also mit Betrügereien, Unterschlagung, Bestechung. Allein die Schäden durch aufgedeckte Delikte werden mit 1,35 Milliarden Euro beziffert. Aber: Da die Chefs an dem Einsatz systematischer Kontrollen sparen, werden die meisten Straftaten durch puren Zufall entdeckt. „Gerade Mittelständler haben noch immer die Tendenz, diese Probleme im eigenen Haus zu verdrängen. Wenn jahrelang kein Vergehen entdeckt wurde, glauben viele Unternehmer, in ihrem Betrieb ginge alles mit rechten Dingen zu", behauptet der ehemalige Staatsanwalt Steffen Salvenmoser, jetzt PWC-Partner.

Die von PWC zusammen mit der Universität Halle-Wittenberg durchgeführte Umfrage ergab, dass in den beiden vorausgegangenen Jahren jede dritte Firma Opfer eines Betrugs geworden war. Salvenmoser: „Der typische Fall von Wirtschaftskriminalität in Deutschland ist, dass der Buchhalter oder ein anderer Angestellter in die Kasse greift." Und: „Solange sich Prüfungen darauf beschränken, danach zu schauen, ob es für jede Buchung einen Beleg gibt, wird der Griff in die Kasse nicht auffallen." Da lediglich größere Schäden vom Management als berichtenswert eingestuft wurden, ergab sich für den Einzelfall ein Durchschnittswert von 50.000 Euro.



Gerade Mittelständler haben noch immer die Tendenz, diese Probleme im eigenen Haus zu verdrängen.

Der Lidl-Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Gehrig hält die Überwachung für unverzichtbar: **„Wenn wir das nicht machen, klauen sie uns die Läden leer.**

Pritsche statt Wasserbett

Selbst der Tatbestand der Korruption werde heute nur selten per Geldkoffer abgewickelt, weiß der Experte, sondern geschehe „eher unbar". Die Gattin des Bestochenen gründet einfach eine Scheinfirma, die eine Rechnung stellt. Das habe noch den Vorteil, dass die Kosten zunächst als Betriebsausgaben gelten.

Um die Aufklärungsquote zu erhöhen, setzen die großen Konzerne auf professionelle Hilfe. So hat die Deutsche Bahn AG den Korruptionsjäger Wolfgang Schaupensteiner verpflichtet, zuvor Oberstaatsanwalt in Fraunkfurt/Main. Sein Team wird von zehn auf 28 Mitarbeiter erweitert. In den Jahren 2006 und 2007 wurde gut 100 Hinweisen nachgegangen und in der Folge 24 staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren eingeleitet. Unter anderem gegen Scheinfirmen, die beim Ausbau der Bahnstrecke Köln – Aachen für nicht erbrachte Leistungen 2,4 Millionen Euro abgerechnet hatten. Die Hälfte davon bekam der zuständige Sachbearbeiter aus der Bauabteilung der Bahn. Hinweise auf dessen plötzlich so aufwändigen Lebensstil wurden ihm zum Verhängnis. „Im Ergebnis hat er sein Haus verloren, sein Auto, selbst sein Wasserbett und sieben Jahre Haft bekommen", sagt Schaupensteiner und widmet sich gleich seinem nächsten Fall.

Ton ist immer heikel

Was bei der Bahn in einer eigenen Abteilung zur Aufklärung von Wirtschaftsdelikten zusammengefasst ist, muss in Kaufhäusern oder Supermärkten ein Detektiv erledigen. „60 bis 70 Prozent aller Aufträge aus der Wirtschaft zielen auf das Verhalten der Mitarbeiter", weiß Hans Sturhan, Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Detektive. Die Überwachung von Angestellten mit Minikameras, Peilsendern und eingeschleusten Mitarbeitern sei der bei weitem wichtigste Umsatzfaktor der Branche.

Warendiebstahl und Untreue seien die Hauptgründe, warum die Chefs ihre Mitarbeiter beobachten ließen, erläutert Sturhan. Zugleich distanziert er sich von den Bespitzelungen, wie sie bei dem Discounter Lidl bekannt geworden sind: „Dort wurden fachfremde Kaufhaus-Detektive eingesetzt, die für die Überwachung von Mitarbeitern weder qualifiziert noch berechtigt sind." Denn: „Eine heimliche Videoüberwachung ist nur zulässig, wenn ein konkreter Anfangsverdacht besteht und die Überwachung räumlich und zeitlich begrenzt ist."

Christian Rüsbüldt, Chef der Hamburger Wirtschaftsdetektei CR-Security, hält den Lidl-Skandal einfach für unprofessionell: „Allein, dass auch abgehört wurde, verstößt gegen Paragraf 201 des Strafgesetzbuches, nämlich Schutz des nicht öffentlich gesprochenen Wortes. Ton ist immer heikel." Rüsbüldt setzt auf eingeschleuste Mitarbeiter, arbeitet mit Minikameras – „die sind nur noch zwei mal zwei Zentimeter groß" –, GPS-Peilsender und Teleobjektive, nur Mikrofone setzt er nicht ein.

Wenn ein Verdacht besteht, bestätigt sich der auch in aller Regel, weiß der 40-Jährige aus Erfahrung. Die Folgen können für den Betroffenen verheerend sein: fristlose Kündigung, Strafanzeige, finanzielle Rückforderungen. „Selbst die Kosten der Observierung können unsere Kunden bei überführten Mitarbeitern zivilrechtlich einklagen."

Legale Überwachung

Für Lidl entwickelte sich die unprofessionelle Bespitzelung zum formidablen PR-GAU. In vielen ganzseitigen Anzeigen stellte sich die Geschäftsleitung auch kritischen Fragen von Mitarbeitern und Kunden. Als Berater bei der Einrichtung eines neuen Sicherheitskonzepts wurde der Jurist Joachim Jacob verpflichtet, zwischen 1993 und 2003 Datenschutzbeauftragter der Bundesrepublik. Seine erste Initiative: „Lidl hat sofort alle Kameras abgebaut." Inzwischen gibt es sie wieder in den meisten Filialen, denn der Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Gehrig hält die Überwachung für unverzichtbar: „Wenn wir das nicht machen, klauen sie uns die Läden leer."

Auch der Datenschützer Jacob hält den Einsatz von Videokameras in öffentlich zugänglichen Räumen für üblich und rechtens. Aber: „Das muss jedoch für Mitarbeiter und Kunden transparent sein, und etwaige Aufzeichnungen müssen – wenn sie keine Hinweise auf Unregelmäßigkeiten geben – unverzüglich gelöscht werden." Es reichte schon, wenn mit einem Schild am Eingang – „diese Filiale wird videoüberwacht" – der Kunde informiert würde.

„Um Mitarbeiter gezielt zu überwachen, bedarf es in jedem Fall eines konkreten Verdachts", betont Lidl-Berater Jacob. Und der Aufsichtsrat Gehrig sekundiert: Detektive sollten künftig nur vereinzelt und nach gesonderter Schulung eingesetzt werden. „Die werden nicht mehr angeheuert und jetzt macht mal, sondern die kriegen ganz klare Vorgaben, wie sie sich zu verhalten haben und was sie aufschreiben dürfen."

Für Lidl entwickelte sich die unprofessionelle Bespitzelung zum formidablen PR-GAU.

Der Chef einer Maschinenfabrik im Breisgau hat das Problem auf ganz andere Weise gelöst: Er bot seinen 330 Mitarbeitern vor acht Jahren eine attraktive Beteiligung am eigenen Unternehmen an. Drei Viertel der Belegschaft wurden inzwischen zu stillen Gesellschaftern. Sie sind am Gewinn beteiligt und übernehmen Haftung. Und damit funktioniert auch die Selbstkontrolle. Denn: Versucht einer, sich auf Kosten des Betriebs zu bereichern, fällt das den Kollegen ganz schnell auf.

cw

INSTRUMENTE DER VORBEUGUNG

Die Studie von Pricewaterhouse-Coopers zur Wirtschaftskriminalität enthält folgendes Täterprofil: „Bezogen auf die Wirtschaftsdelikte in Deutschland sind neun von zehn Tätern Männer, zwei Drittel sind 31 bis 50 Jahre alt, und jeder zweite ist mindestens sechs Jahre im Unternehmen."

Vorbeugung ist das wirksamste Instrument, Schaden zu begrenzen. Etwa:

Stellenbewerber:
Nicht nur fachliches Können ist bei der Einstellung zu bewerten, auch eine gründliche Prüfung der eingereichten Papiere gehört dazu. So kann ein ungewöhnlicher Termin bei der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses auf eine fristlose Kündigung hinweisen. Lücken im Lebenslauf können in einer Auslandsreise begründet sein, aber auch in einer Haftstrafe.

Vier-Augen-Prinzip:
In sensiblen Arbeitsbereichen darf die zweite Unterschrift nicht nur dekorativen Charakter haben. Zwar können Straftaten im Unternehmen auch gemeinschaftlich begangen werden, doch das Risiko wird so deutlich verringert.

Kontrolle:
Regelmäßige Stichproben zur Überprüfung von Geschäftsvorfällen verhindern, dass sich potenzielle Täter unbeobachtet fühlen.

Strafverfolgung:
Wer langfristig Schaden verhindern will, muss die angedrohten Konsequenzen ohne Wenn und Aber durchziehen. Selbst wenn die Betrügereien imageschädlich an die Öffentlichkeit dringen.

Betriebsklima:
Bei einem angenehmen Betriebsklima und angemessener Entlohnung ist es unwahrscheinlicher, dass ein Arbeitnehmer einer Versuchung unterliegt, als in einem anonymen Unternehmen bei schlechter Atmosphäre. Je mehr sich die Belegschaft für das Wohl der Firma verantwortlich fühlt, umso leichter lassen sich Gefahren abwenden.

delta lloyd

TOP BAV
ÜBER 50 JAHRE ERFAHRUNG

Günter Lehmann, Geschäftsführer der Alde Gott Winzer eG in Sasbachwalden, hat sich für die Unterstützungskasse von Delta Lloyd entschieden.

Mehr betriebliche Rente mit Delta Lloyd

FÜR MEINE MITARBEITER

Die Lösungen der Delta Lloyd zur betrieblichen Altersvorsorge sind genau das, was ich gesucht habe. Strategisch geplant und konsequent umgesetzt kann ich gemeinsam mit meinen Mitarbeitern Steuern und Sozialabgaben sparen. Diese vom Staat geförderte Vorsorgemöglichkeit hat mich überzeugt und meine Mitarbeiter motiviert.

Sprechen Sie uns an:
0180 202 8 202 444*
firmengeschaeft@deltalloyd.de
www.deltalloyd.de/bAV

* 0,09 Euro pro Minute aus dem dt. Festnetz, ggf. abweichende Preise aus dem Mobilfunk

STEUERN SPAREN

Rücklagen für die Firma und Verträge mit der Familie

Immer wenn das Jahresende naht, wenn sich Umsatz und Gewinn an den Zahlen der vergangenen Monate einigermaßen sicher schätzen lassen, rücken steuerliche Überlegungen in den Vordergrund. An welchen Stellschrauben kann noch gedreht werden, um die Abgabenlast des Unternehmens zu mindern. Mit der Steuerreform wurde beispielsweise die begünstigte Thesaurierungsrücklage eingeführt. Gewinne, die in der Firma verbleiben, werden auf Antrag pauschal nur mit 28,25 Prozent Einkommensteuer belegt, während für Privatentnahmen bis zu 45 Prozent fällig werden. Eine gute Möglichkeit für mittelständische Einzelunternehmer oder Personengesellschaften, in ertragsstarken Zeiten Steuern zu sparen.

Stille Reserve vom Lebenspartner

Allerdings: Das rheinische Motto „was weg ist, ist weg" gilt auch für die Rücklage. Was während des Geschäftsjahres bereits privat entnommen wurde, kann nicht mehr rückwirkend thesauriert werden. Und noch eins ist wichtig: Das mit dem neuen Steuersparkonzept im Unternehmen verbliebene Geld sollte langfristig Investitionen und weiteres Wachstum finanzieren. Wird die Rücklage in den Folgejahren wieder aufgelöst, dann wird es richtig teuer. Der Fiskus fordert nämlich eine Nachsteuer von weiteren 25 Prozent. Bei stark schwankenden Gewinnen muss also besonders vorsichtig disponiert werden.

Eine weitere Möglichkeit bieten Sparmodelle innerhalb der Familie. Wer zum Beispiel den Lebenspartner oder seine Kinder mit einer Kapitaleinlage als Mitunternehmer (stille Reserve) an der Firma beteiligt – und damit an Gewinn und Verlust – darf den Angehörigen bis zu 35 Prozent Kapitalverzinsung überweisen und damit den zu versteuernden Ertrag reduzieren. Das gilt auch für Darlehen, die von der Familie aufgebracht werden und zu marktüblichen Konditionen verzinst werden. Vorsicht: Kommen minderjährige Kinder als Kreditgeber ins Spiel, muss ein so genannter Ergänzungspfleger eingeschaltet werden.

Salär darf nicht zu üppig sein

Arbeits- oder Ausbildungsverträge für die eigene Sippe können sich zu einem Streitthema mit dem Sachbearbeiter des Finanzamts entwickeln. Es geht fast immer um die angemessene Entlohnung. Solange das Salär dem Gehalt vergleichbarer Mitarbeiter im Betrieb entspricht, wird es kaum Einsprüche geben. Und eine Altersversorgung für den beschäftigten Ehepartner akzeptiert die Finanzbehörde in aller Regel auch dann, wenn sie für die übrigen Angestellten nicht vereinbart wurde. Bei einem Ausbildungsvertrag mit den eigenen Kindern sind neben dem Gehalt zusätzlich alle Studienkosten als Betriebsausgaben absetzbar. Doch solche Überlegungen lassen sich unabhängig vom Termin auch im nächsten Jahr umsetzen.

hw

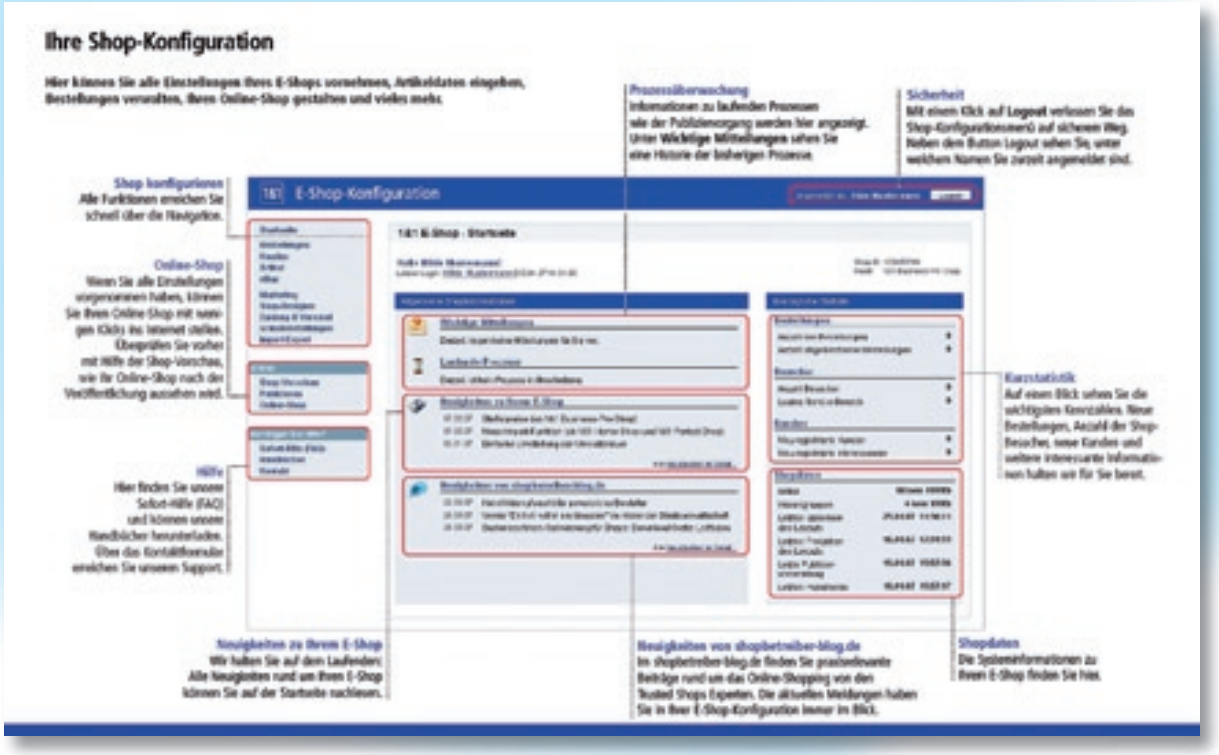
WIE VIEL DARF DER CHEF VERDIENEN?

Zwei Urteile von Finanzgerichten bringen mehr Klarheit, wie viel Gehalt sich geschäftsführende GmbH-Gesellschafter genehmigen dürfen. Denn der Betriebsprüfer eines ostdeutschen Finanzamtes hatte deren Gehälter radikal gekürzt mit der Begründung, die Gesamtvergütungen dürften höchstens 50 Prozent des erwirtschafteten Gewinns betragen. Was darüber hinaus gehe, sei als verdeckte Gewinnausschüttung nachzuversteuern.
Dem widersprach das Finanzgericht Berlin-Brandenburg (Az.12 K 8312/04 B) und hielt fest: GmbH-Geschäftsführer können ihre Vergütung mit der Firma individuell vereinbaren. Gehalt und Gewinn müssen in keinem vorbestimmten Verhältnis stehen. Da das Urteil rechtskräftig ist, kann sich jeder angestellte Unternehmer im Streitfall darauf berufen.
Ähnlich entschied das Finanzgericht Baden-Württemberg (Az.10 K 153/03). Ein gesetzliches Bescheidenheitsgebot gebe es nicht. Im Gegenteil: Wenn der Gewinn des Unternehmens stark vom persönlichen Einsatz des Geschäftsführers abhängt, ist auch ein Zuschlag zum branchenüblichen Gehalt möglich. Als Richtwerte gelten die durchschnittlichen Jahresbezüge einer mittelständischen GmbH, wie sie beispielsweise von der Unternehmensberatung Kienbaum regelmäßig ermittelt werden:

Umsatz	Dienstleistung	Einzelhandel	Großhandel	Industrie
bis 5,0 Mio.	111. - 179.000	100. - 159.000	111. - 184.000	107. - 176.000
bis 7,5 Mio.	142. - 210.000	118. - 184.000	136. - 193.000	116. - 194.000
bis 12,5 Mio.	143. - 217.000	116. - 191.000	146. - 214.000	146. - 244.000

Alles über das World Wide Web

Dritter und letzter Teil unserer Serie: Online-Shops – Über das Internet verkaufen



So könnte die Konfiguration Ihres E-Shops aussehen. Solche Mietshops lassen sich ohne Programmierkenntnisse einrichten.

33 Millionen Deutsche kaufen mittlerweile online ein. Das war das Ergebnis einer Studie der Universität Hohenheim, die im Juni veröffentlicht wurde. Damit ist das Internet zu einem entscheidenden Vertriebskanal geworden, mit dem nicht mehr nur Computer-Freaks erreicht werden. Der einstige Online-Buchhändler bietet mittlerweile von der Kaffeemaschine bis zum Autoreifen ein breites Angebot an Waren. Doch auch mittelständische Firmen können den neuen Vertriebsweg mit überschaubaren Kosten und vor allem ohne großes IT-Know-how nutzen.

Die ersten so genannten „E-Commerce"-Lösungen, die vor etwas über zehn Jahren auf den Markt kamen, waren umfangreiche Software-Plattformen, die mehrere hunderttausend D-Mark kosteten. Entsprechend war der Internet-Handel damals eine Domäne großer Online-Händler.

Doch schon kurze Zeit später begannen Webhosting-Anbieter wie 1&1 mit der Entwicklung eigener Online-Shops, die auf Mietbasis angeboten wurden. Während bei klassischen E-Commerce-Lösungen von Anbietern wie Intershop für jeden Shop eigene Server angeschafft werden mussten, kopierten die Internetanbieter ihr Erfolgsmodell aus dem Webhosting: Mit eigener Software können die Shops vieler verschiedener Online-Händler sich den Speicherplatz auf einem Server teilen - und damit auch die Kosten. Mittlerweile sind solche Mietshops eine der einfachsten Einstiegsmöglichkeiten für kleine Unternehmen in den E-Commerce – aber nicht mehr der einzige.

Den Einstieg planen

Wie bei der eigenen Firmen-Website sollte auch dem ersten Online-Shop eine ausführliche Planungsphase voraus gehen. Generell lässt sich fast jedes Produkt im Internet verkaufen, dennoch unterscheidet sich das neue Medium in wichtigen Aspekten von klassischen Verkaufskanälen wie etwa dem eigenen Laden. Das beginnt bei den rechtlichen Rahmenbedingungen: In Deutschland gilt bei Bestellungen über das Internet das Fernabsatzrecht, das Verbrauchern besondere Rechte einräumt – und Händlern entsprechende Pflichten auferlegt.

Das World Wide Web trägt seinen Namen nicht umsonst – prinzipiell ist ein Online-Shop weltweit erreichbar. Daher sollten sich Händler überlegen, wo sie ihre Produkte anbieten wollen – etwa nur in der eigenen Region, in ganz Deutschland, oder gar international? Denn entsprechend will die Logistik geplant sein. Der Versand von Sperrgut nach Südamerika ist schwieriger, als eben einmal mit dem eigenen Lieferwagen in die Nachbarstadt zu fahren. Und auch das verwendete Shop-System muss mit entsprechenden Versandoptionen umgehen können.

Bei der Auswahl des passenden Shops ist auch wichtig, wie viele Artikel und Artikelgruppen im Angebot sind. Sollen auch Artikelvarianten unterstützt werden, etwa bei Kleidungsstücken die Auswahl von verschiedenen Größen und

Farben? Wie viele Bilder können für jeden Artikel eingestellt werden – beim Internet-Kauf für viele Kunden eine wichtige Entscheidungshilfe. Wie kommen die Artikeldaten überhaupt in den Shop? Welche Import- und Exportfunktionen bietet der Shop, um etwa CSV-Tabellen oder XML-Dateien zu importieren, oder Bestelldaten an ein Waren-Wirtschaftssystem zu übertragen. Viele Shop-Systeme bieten auch eine Anbindung an das Online-Auktionshaus ebay – so lassen sich die eigenen Produkte einem noch breiteren Kundenkreis zugänglich machen.

Abwicklung der Zahlung

Und schließlich einer der wichtigsten Punkte: Der Zahlungsvorgang. In Deutschland ist bei Internet-Geschäften nach wie vor die Überweisung der beliebteste Zahlungsweg, gefolgt von der Zahlung per Nachnahme und dem Lastschrifteinzug. Erst dann kommen Zahlungen per Kreditkarte. Egal, welche Zahlungsarten angeboten werden: Online-Käufer erwarten heute grundsätzlich die Abwicklung in Echtzeit. Diese erfolgt über spezielle Dienstleister, so genannte Payment Service Provider. Gleichzeitig muss der Shop-Betreiber mit den eigentlichen Zahlungsanbietern, etwa den Kreditkartenfirmen, Akzeptanzverträge abschließen. Wichtig: Für die sichere Abwicklung von Online-Zahlungen hat die Kreditkartenindustrie ein strenges Regelwerk geschaffen, die so genannten PCI DSS Standards. Alle Systeme eines Online-Shops, die Zahlungsdaten verarbeiten, benötigen eine Zertifizierung, die die Einhaltung der Standards bestätigt.

Die Qual der Wahl

Die oben beschriebenen Online-Shops werden mittlerweile von vielen Webhostern angeboten. Firmen, die bereits eine eigene Homepage haben, sollten sich bei ihrem Provider erkundigen, ob sich der eigene Tarif um eine Shop-Komponente erweitern lässt. Der Anbieter 1&1 bietet beispielsweise in seinen Webhosting-Paketen einen „Schnupper-Shop" für bis zu zehn Artikel – eine einfache Möglichkeit, sich einen ersten Eindruck von der Software zu verschaffen. Programmieren muss ein Shop-Betreiber heute nicht mehr – die meisten Online-Shops verfügen über einfach zu bedienende Baukastensysteme, mit denen sich der eigene Internetladen mit wenigen Mausklicks zusammen stellen lässt.

Neben den „Fertigprodukten" der Provider gibt es mittlerweile auch eine Reihe von Shop-Systemen im so genannten Open-Source-Modell – also mit offen gelegtem Software-Quelltext und in der Regel kostenlos. Einer der prominentesten Vertreter dieses Modells ist die Software osCommerce, die schon seit über acht Jahren auf dem Markt ist. Als neuer Stern am Open-Source-Shop-Himmel gilt das amerikanische System Magento. Diese Shops brauchen sich in Sachen Funktionsumfang und Qualität nicht hinter kommerziellen Produkten zu verstecken.

Egal ob Espresso oder Toilettenbrillen: **Im Internet lässt sich praktisch jedes Produkt verkaufen**

Allerdings ist das „kostenlos" mit Vorsicht zu genießen: Zum einen brauchen auch die Open-Source-Shops einen Server, auf dem sie laufen. Hier reicht unter Umständen ein einfaches Webhosting-Paket, das die Installation eigener Anwendungen erlaubt. Zum anderen benötigen Anwender zur Installation solcher Shop-Systeme einiges mehr an IT-Fachkenntnis als beim bloßen „Befüllen" eines Mietshops. Zahlreiche Agenturen oder Systemhäuser bieten daher mittlerweile entsprechende Dienstleistungen rund um Open-Source-Software an.

Was nun?

Ist der Shop eingerichtet und getestet, kann das Geldverdienen losgehen – es fehlen nur die Kunden. Natürlich muss ein neues Shop-Angebot beworben werden – sicher an erster Stelle auf der eigenen Firmen-Homepage, aber auch in allen anderen klassischen Werbemitteln, die ein Unternehmen einsetzt. Werbung im Internet lässt sich - anders als bei herkömmlichen Anzeigen - sehr zielgenau schalten. Dies gilt für Bannerschaltungen in ausgewählten Portalen, vor allem aber natürlich für den uneingeschränkten Marktführer in der Online-Werbung – Google. Über so genannte Adwords lässt sich punktgenau steuern, bei welchen Suchbegriffen die entsprechende Anzeige geschaltet wird.

Noch spannender für Online-Shops sind Produkt-Suchmaschinen oder Preisvergleichssysteme. Auch in diesem Markt mischt Google mit, ist aber bei weitem nicht allein. Bekannte Anbieter in diesem Segment sind Pangora, Kelkoo oder smartshopping.de. Auch hier bieten Online-Shops oft bereits integrierte Schnittstellen, mit denen sich das eigene Angebot automatisch bei einer oder mehreren Produktsuchen anmelden lässt. Eine weitere interessante Möglichkeit sind Bewertungstools, mit deren Hilfe Homepage-Besucher oder Shop-Kunden eigene Bewertungen hinterlassen können.

Eine gute Möglichkeit, um das Vertrauen der Besucher in den eigenen Internet-Auftritt zu stärken, sind Online-Gütesiegel. Für Einkaufsplattformen hat sich in Deutschland vor allem das Siegel von Trusted Shops einen Namen gemacht. Dazu werden die Shops anhand von über 100 Einzelkriterien überprüft. Die Preise der Zertifizierung orientieren sich am Shop-Umsatz.

Krimi made by Power Point

WIE PRÄSENTATIONEN ZUM FESSELNDEN ERLEBNIS WERDEN

Endlose Bulletpoint-Paraden, textüberladene Folien, hochkomplizierte Diagramme und Zahlen über Zahlen – so sieht sie aus, die grausame PowerPoint-Realität in vielen deutschen Konferenzräumen und Besprechungszimmern. Die Folgeschäden: Gelangweilte Zuhörer und enttäuschte Redner so weit das Auge reicht. Eine Entwicklung, die hoffnungslos erscheint, jedoch noch aufgehalten werden kann, ist der Präsentations-Experte und Rhetorik-Coach René Borbonus überzeugt. Seine „Geheimwaffe“: Eine klare Struktur und ein auf das Wesentliche reduzierter Inhalt erleichtern nicht nur die Informationsaufnahme, sondern verwandeln jede Präsentation in eine spannende Geschichte.

Foto: Pixopia

Klare Struktur und ein reduzierter Inhalt verwandeln jede Präsentation in eine spannende Geschichte.

Einzelne Wörter, Logos, aussagekräftige Fotos sind die Würze eines Power-Point-Vortrags, der vom gesprochenen Wort des Vortragenden lebt.

„Wer eine Präsentation so gestaltet, dass er lediglich den Folieninhalt vorliest oder vielleicht sogar nur kommentiert und seine Zuhörer fleißig lesen lässt, muss sich nicht wundern, wenn die Standing Ovations am Ende des Vortrags ausfallen." Für den ausbleibenden Erfolg der Technik die Schuld zu geben, findet René Borbonus jedoch nicht gerecht. „PowerPoint kann auch ganz anders, man muss nur wissen wie." Entscheidend ist nach Ansicht des Kommunikations-Experten, zu verstehen, wie Informationsvermittlung wirklich funktioniert. „Auch wenn wir uns das vielleicht nicht gerne eingestehen möchten, ist unsere Wahrnehmung schlicht und einfach begrenzt und kann nur eine bestimmte Menge von Informationen und Argumenten gleichzeitig erfassen. Bekommen wir also zu viel Input auf einmal, wird das Zuhören und Begreifen eher behindert. Werden Inhalte stattdessen häppchenweise und noch dazu audivisuell – also durch Sprache und korrespondierende Bilder – vermittelt, bleiben die entscheidenden Botschaften einer Präsentation auch wirklich hängen." Als Geheimtipp für Präsentationen jeglicher Art empfiehlt Borbonus außerdem, einzelne Abschnitte oder besonders wichtige Passagen nach der sogenannten Lessig-Methode zu gestalten. Benannt nach ihrem Erfinder Lawrence Lessig, einem Professor der amerikanischen Stanford-Universität, folgt dieses System ausschließlich einer Regel: Ein klares, reduziertes Design, das dank schnellen Tempos und entsprechenden Bildakzenten einen lebendigen und mitreißenden Vortragsstil schafft. Vor allem Vortragsbausteine wie Einleitung und Schluss, eine eingebaute Anekdote oder entscheidende Argumente können so hervorgehoben werden, und selbst eine unspektakuläre Präsentation wird zum echten PowerPoint-Krimi.

PowerPoint auf die „lessige" Art

Klingt gut und vor allem einleuchtend – stellt jedoch auch eine große Herausforderung an den Präsentator dar. „Einen Vortrag bzw. ein Vortragselement nach der Lessig-Methode zu gestalten, bedarf einer gründlichen und zeitintensiven Vorbereitung", erklärt Rhetorik-Experte Borbonus. Ein Mehr an Aufwand, das sich jedoch ohne Zweifel auszahlt, denn das Ergebnis ist eine direkte Verbindung zwischen Zuhörer und Redner bzw. zwischen Zuhörer und Botschaft. Doch worin genau besteht nun das Geheimnis der Lessig-Methode? „Wer zum ersten Mal eine Lessig-Präsentation sieht, ist meist anfänglich irritiert", weiß René Borbonus. Der Grund: Auf den Slides finden sich nicht mehr als einzelne Worte, Wortgruppen oder Bilder. Sprachliche und visuelle Akzente, die das Vortragsskript begleiten, welches zu 99 Prozent mündlich präsentiert und auf das wirklich Entscheidende gekürzt wird.

Wer also beispielsweise über die Fortschritte eines bestimmten Projektes referieren soll, kann die Entwicklung, in der es auch einmal Rückschläge gibt, mit der Geschichte von Sisyphos vergleichen. Auf der hierzu korrespondierenden Folie à la Lessig würden die Zuhörer eine Zeichnung des berühmten Griechen sehen, der einen Felsbrocken den Berg hinaufrollt. Das Fazit, dass man mit dem betreffenden Projekt jedoch sicher bald den Gipfel erreichen wird, da man ja in einem starken Team – und nicht wie Sisyphos als Einzelkämpfer – arbeitet, wird wiederum von einem Slide begleitet, auf dem entweder das Wort GIPFEL zu lesen oder das hoffnungsvolle Bild eines Bergsteigers auf dem Mount Everest zu sehen ist. Das Ergebnis: Relevante Informationen werden emotional verankert und bleiben im Gedächtnis der Zuhörer haften.

Weniger ist mehr

Bleibt nur die Frage: Welches sind die wirklich wichtigen Botschaften des Vortragsabschnitts, der nach Lessig gestaltet werden soll? Um zu diesem „Substrat" zu gelangen, bedarf es mehrerer Arbeitsschritte. Gilt es zunächst, jene Textbestand-

teile aus dem Vortragsmanuskript auszuwählen, die für die Slides vorgesehen sind, sollen im zweiten Schritt ca. drei relevante Worte pro Satz markiert werden. „Das gilt jedoch nicht nur für Substantive", betont René Borbonus, „sondern vor allem auch für starke Verben und Adjektive. Auch ein ‚trotzdem' oder ein ‚aber' kann wirkungsvoll sein. Wer allerdings weniger als ein relevantes Wort pro Satz findet, sollte seinen Vortrag vielleicht generell noch ein wenig straffen." Die auserwählten Worte oder Wortgruppen werden schließlich auf die Folien übertragen, wobei auf eine einheitliche Schrifttype, Schrift- und Hintergrundfarbe geachtet werden sollte. Noch kraft- und eindrucksvoller wird der Präsentationsabschnitt, wenn sich solche Text-Slides mit Illustrationen abwechseln, seien es Zitate in Form von Zeitungsausschnitten oder abgebildeten Briefauszügen, Logos von Firmen oder Porträts von Personen, die erwähnt werden, sowie Fotos, die das Gesagte illustrieren.

Spannung durch Tempo

Der auf ein Minimum reduzierte Inhalt ist jedoch nur ein entscheidendes Charakteristikum der Lessig-Methode. Geheimnis Nummer zwei und unerlässlich für einen spannenden Vortragsstil: das Tempo. Durch den komprimierten Inhalt pro Folie ist die Geschwindigkeit, mit der die Slides sich abwechseln, im wahrsten Sinne des Wortes mitreißend. Die Inhalte des Vortrags korrespondieren mit den einzelnen Folien der Präsentation regelrecht im Sekundentakt. Die Folge: „Auf diese Art und Weise entsteht ein sehr lebhafter und aktiver Rhythmus, der die einzelnen Argumente verbindet und das Publikum auf Trab hält", betont Borbonus. „Ein Vortragserlebnis, das die Zuhörer nicht so schnell vergessen werden."

Info: www.rene-borbonus.de.

... ein sehr lebhafter und aktiver Rhythmus, der die einzelnen Argumente verbindet und das Publikum auf Trab hält.

„Ich kann mich nicht für die Welt interessieren und die Augen vor ihren Problemen verschließen."

Maybrit Illner, Moderatorin

Schauen Sie hin!
www.misereor50.de

50 MISEREOR
IHR HILFSWERK

Mit Zorn und Zärtlichkeit an der Seite der Armen

Spendenkonto 10 10 10
Pax Bank · BLZ 370 601 93

Ja, bitte schicken Sie mir mehr Informationen zu MISEREOR:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Den Coupon senden an:
MISEREOR, Mozartstr. 9, 52064 Aachen

Strategien zur Abgeltungsteuer

WIE ANLEGER JETZT NOCH IHR DEPOT OPTIMIEREN KÖNNEN

Abgeltungsteuer und kein Ende: Was Sie jetzt noch an Ihrem Depot umschichten sollten.

Viele Privatanleger werden vor der Einführung der Abgeltungsteuer am 1.1.2009 ihre Depots noch einmal stark umschichten. Gesucht werden langfristig erfolgreiche Papiere, deren Gewinne, sofern sie noch im Kalenderjahr 2008 erworben und mindestens ein Jahr gehalten wurden, steuerfrei vereinnahmt werden können. Insofern steht bei vielen Wertpapierbesitzern, auch unter dem akuten Eindruck der Finanzkrise, in den kommenden Wochen die Frage im Vordergrund, mit welchen Titeln sie ihr Depot „abgeltungsteuersicher" gestalten können.

Folgendes Zahlenbeispiel verdeutlicht, wie clevere Anleger Steuern sparen können, wenn sie noch in diesem Jahr einen Teil ihres Geldes in Investmentfonds oder Aktien investieren. Ab 2009 sind Kapitalerträge, zu denen künftig auch Veräußerungsgewinne gehören, von Privatanlegern mit 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer) zu versteuern. Allerdings sind die Gewinne aus dem Verkauf von Aktien oder Fondsanteilen auf Dauer steuerfrei, wenn die Anteile noch vor dem 01.01.2009 erworben und länger als ein Jahr gehalten werden.

Ein Anleger, der beispielsweise noch vor dem Stichtag 10.000 Euro in Fondsanteile investiert, hat nach 20 Jahren bei einer durchschnittlichen jährlichen Rendite von 6 Prozent eine Summe von 32.071 Euro zusammen und kann seinen Gewinn steuerfrei veräußern. Bei derselben Investition nach dem 1.1.2009 liegt das Anlageergebnis 20 Jahre später nach Abzug der Abgeltungsteuer lediglich bei 26.553 Euro. „Wer also vor dem Stichtag noch tätig ist, spart in diesem Fall mehr als 5.500 Euro Steuern", erklärt Eberhard Rohe, Leiter Privatkundengeschäft der DAB bank.

Gezielte Strategie

Eine gezielte Anlagestrategie ist im Zusammenhang mit Altverlustvorträgen gefragt. Das bedeutet: Anleger sollten noch vor dem 1. Januar jene Produkte mit Kursverlusten verkaufen, die sie noch nicht länger als zwölf Monate im Depot haben. Die Realisierung von Kursverlusten kann sinnvoll sein, da Verlustvorträge und die Berücksichtigung in der persönlichen Veranlagung bis zum Jahr 2013 möglich sind.

Sollte ein Wertpapier einen Kursverlust aufweisen, ist ggf. bis zum 31.12.2008 auch eine Umschichtung in dauerhaft bestandsgeschützte Publikumsfonds sinnvoll. Damit schlagen Anleger gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie sichern sich - bei einem Verkauf vor Ablauf der Mindesthaltedauer - die Altverluste bis 2013 und den langfristigen Bestandsschutz eines geeigneten Fondsinvestments.

Tipp: Zwei Depots führen

Es kann empfehlenswert sein, zwei verschiedene Depots einzurichten: Eines, das so genannte Bestandsschutzdepot, für die vor dem 1. Januar 2009, das andere für die ab diesem Stichtag erworbenen Wertpapiere. Dadurch sind die Tranchen klar voneinander getrennt. Es wird möglich, die auch später gekauften Papiere als erste abzustoßen. Die beiden Depots können zwar bei derselben Bank geführt werden, müssen aber in jedem Fall zwei voneinander getrennte Depots sein. Damit die Steuerersparnis nicht gleich von doppelten Depotgebühren aufgefressen wird, ist der Anleger gut beraten, eine Bank zu wählen, die nur geringe Gebühren für die Depotführung erhebt oder im besten Fall ein kostenloses Depot anbietet.

Neben dem steuerlichen Aspekt ist es sehr wichtig, die persönliche Situation in die Anlageentscheidung mit einzubeziehen. Ein Beratungsgespräch ist empfehlenswert. Dabei sollte der Anleger darauf Wert legen, dass er Produkte verschiedener Anbieter zur Entscheidungsfindung vorgeschlagen bekommt. Zu berücksichtigen sind etwa die Anschaffungskosten der gewünschten Anlagen, beispielsweise bei Fonds. Hier empfiehlt es sich, grundsätzlich immer zu vergleichen.

Auch die Kirche kassiert

Was haben Banken eigentlich mit dem Glauben zu tun? Auf den ersten Blick nicht viel, aber durch die Abgeltungsteuer, die zu Beginn des kommenden Jahres in Kraft tritt, wird sich das ändern.

Insbesondere kirchensteuerpflichtige Anleger sollten berücksichtigen, dass auf Kapitalerträge zuzüglich zum pauschalen Abgeltungsteuersatz von 25 Prozent Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer hinzukommen. Die Abgeltungsteuer inklusive Solidaritätszuschlag wird von den Banken automatisch direkt an das Finanzamt abgeführt - die Kirchensteuer hingegen nur auf Antrag des Kunden. In Bayern und Baden-Württemberg beträgt die Kirchensteuer acht, in den übrigen Bundesländern neun Prozent, prozentual berechnet von der Abgeltungsteuerhöhe.

Die Anleger haben zwei Möglichkeiten: Sie können die Kirchensteuer über die Einkommensteuererklärung selbst abrechnen. Für Anleger mit hohen Kapitalerträgen wiegt der dadurch erzielbare unterjährige Zins- und Liquiditätsvorteil den Aufwand der Steuerveranlagung gegebenenfalls sogar auf. Hierzu stellen die Anlageinstitute entsprechende Bescheinigungen aus, die der Einkommensteuererklärung beigelegt werden. Die andere Option ist, die Bank bzw. Fondsgesellschaft damit zu beauftragen, die Abrechnung der Kirchensteuer zu übernehmen. Dafür müssen bei den Institutionen entsprechende Anträge gestellt werden, bei denen die eigene Religionszugehörigkeit offen gelegt wird. Nur so können die Banken die Kirchensteuer abführen.

WIE DIE ABGELTUNGSTEUER BERECHNET WIRD

In Bayern und Baden-Württemberg beträgt die Kirchensteuer acht Prozent der Einkommensteuer, in den übrigen Bundesländern neun Prozent. Kirchensteuer kann als Sonderausgabe abgesetzt werden (0,5 bzw. 0,56 Prozentpunkte), so dass unter dem Strich 24,50 Prozent respektive 24,44 Prozent Abgeltungsteuer fällig werden.
Bei einem Kirchensteuersatz von neun Prozent ergibt sich für 1.000 Euro Gewinn folgende Gesamtbelastung: 244,40 Euro Abgeltungsteuer (24,44 Prozent), 13,44 Euro Solidaritätszuschlag (5,5 Prozent von 244,40 Euro) und 22,00 Euro Kirchensteuer. Insgesamt macht das also 279,84 Euro (bzw. 27,98 Prozent).

LESER SCHREIBEN

Woran liegt es, dass 25 Prozent der Deutschen sich von der Demokratie verabschiedet haben?

1. Weil wir möglicherweise überhaupt keine Demokratie mehr haben. Wieso? Das politische Geschehen wird weder vom Volk noch von seinen gewählten Vertretern bestimmt, sondern von der Administration, von wirtschaftlichen Zwängen und globalen Einflüssen. Der Souverän ‚Volk' ist machtlos. Wer das erkannt hat, hat keine Motivation mehr, wählen zu gehen.

2. Weil unsere Rundum-Sorglos-Gesellschaft den Einzelnen nicht mehr fordert. Wozu sollen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen um Einkommen, um Bildung, um ihren Lebensunterhalt bemühen, wenn der ‚fürsorgliche' Staat ihnen alles abnimmt?
Diejenigen, welche sich vom Staat, also ihren Mitbürgern, aushalten lassen, kümmert es doch einen feuchten Kehricht, was im Lande passiert. Und dann sind da diejenigen, die sich aus brutaler Gier hemmungslos bereichern und dabei weder Rücksicht auf Mitarbeiter, Partner und öffentliche Interessen erkennen lassen.

3. Weil die meisten unserer sogenannten Volksvertreter nicht mehr aus dem Volk kommen, sondern als Partei-, Gewerkschafts-, Verbands- und sonst noch was für Funktionäre niemals Verantwortung für das übernommen haben, was sie verzapfen. Wer von diesen ‚Volksvertretern' hat schlaflose Nächte hinter sich, weil eine Fehlentscheidung die Existenz seines Betriebes, seinen Arbeitsplatz gefährdet, oder weil neue Gesetze plötzlich radikale Umstrukturierungen erfordern? Stattdessen genießen sie ihre Privilegien, die steuerfreien Pauschalen, die sie jedem anderen Bürger verwehren. Ja wer soll denn vor solchen Leuten noch den Hut ziehen?

Ich spreche nicht als Stammtischexperte. Ich habe mich rund 30 Jahre meines Lebens neben meiner Arbeit als handwerklicher Unternehmer in der Parteiarbeit, als Kommunalabgeordneter und in den Handwerksorganisationen engagiert und habe heute keine Illusionen mehr.

Ludwig Middendorf
Cloppenburg

* * *

Sehr geehrter Herr Lehnen,

ich freue mich, dass Sie den Mut haben, auf die „intakten christlichen Kirchen" in der Türkei hinzuweisen, wie Sie es in Ihrer „Baustelle" getan haben. Danke! Bei dem ganzen „Gerede" um den Neubau der Moscheen in Deutschland finde ich es sehr bedenklich, dass kaum einer wagt, sich zu Kirchen in der Türkei laut zu äußern.
.

Matthias Thon
Ahlen

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

leserbriefe@mitmagazin.com

UNTERNEHMERTAG, DER KEINER WAR

Der sogenannte „Unternehmertag" der Unionsfraktion, zu dem Bundestagsabgeordnete der CDU und CSU Ende September Mittelständler aus ihrem Wahlkreis nach Berlin einluden, ist in seiner Wirkung wohl reichlich daneben geraten. Viele, wie der Bundesvorstand und die Bundesgeschäftsstelle der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung oder die Redaktion des „Mittelstands Magazins" erfuhren erst aus der Presse von dem Treffen, andere, die dabei waren, hielten mit ihrer Enttäuschung nicht hinter dem Berg.

„Auf den Arm genommen" fühlten sich gar manche und machten ihrem Ärger unmissverständlich Luft. „Die Kanzlerin tut sich einfach schwer mit uns," wird Wirtschaftsprüfer Uli Kallfass von der baden-württembergischen MIT in der „Financial Times Deutschland" (FTD) zitiert. Wie die meisten im Publikum war er nicht überzeugt von den Versprechungen der CDU-Vorsitzenden: „Sie ist allgemein geblieben und nicht konkret geworden. Ein bisschen verschaukelt fühle ich mich schon."

Vor allem die Ausführungen der Kanzlerin zur Erbschaftsteuer ließen das Gefühl aufkommen, der Mittelstand werde wie ein Stiefkind behandelt. Da war eine Menge Reserviertheit bei den Mittelständlern spürbar, die die Fragen von Unternehmertum und Familienbande als tragende Säulen der Unionsbasis gefährdet sehen.

Offener Widerspruch brach auf, als die Kanzlerin ihre Pläne zur Mitarbeiterbeteiligung anpries, von denen aber offenbar kaum jemand etwas hören wollte. Ein Beteiligter: Wir plädierten für eine Beteiligung der Mitarbeiter auch an den Verlusten des Unternehmens sowie für eine steuerfreie Beteiligung an den Gewinnen – wenn überhaupt. Als sie darauf antwortete, dass der Staat auch etwas davon abbekommen und man ja schließlich niemanden „enteignen" wolle, sank die Stimmung auf den Nullpunkt.

Für Mittelständler ist das Unwort „Enteignung" ein rotes Tuch. Damit sollte man ihnen nicht kommen, nicht mal im Scherz.

G.K.

Mehr Kapitalismus wagen

FRIEDRICH MERZ BLEIBT SICH MIT SEINEM BUCH SELBST TREU

Am Tag nach der Vorstellung seines neuen Buches und angesichts der auf die weltweite Finanzkrise folgenden schweren staatlichen Eingriffe erntete Friedrich Merz reichlich Spott und Häme. Von Stern bis Spiegel, von FDP bis Pofalla machten Sie sich über ihn lustig. Sie nannten seine Forderung „Mehr Kapitalismus wagen" ein „echtes Wagnis" (FAZ), schimpften „absurder geht es kaum" (Süddeutsche) oder meinten, der Titel passe zum historischen Augenblick wie Atze Schröder zu Reich-Ranicki (Spiegel). CDU-Generalsekretär Pofalla gab zu Protokoll, „über dieses bedeutsame Buch" sei im CDU-Präsidium nicht gesprochen worden.

Friedrich Merz aber war bei der Präsentation der Steher, als den man ihn kennt, alle Zweifel an der Terminwahl zerstreuend: „Ich hätte mir keinen besseren Zeitpunkt wünschen können, denn das Buch verstehe er als grundsätzlichen Beitrag zur aktuellen Debatte über die kapitalistische Marktwirtschaft und ihre Zukunft. So werde die Krise des Finanzmarktes eine fundamentale Wirtschaftsdiskussion auslösen. Dazu wolle er einen Beitrag leisten, zumal „der politische Mainstream in Deutschland in die entgegengesetzte Richtung zu gehen scheint."

Foto: dpa

Zwei Tage nach dem großen Finanz-Knall stellte Friedrich Merz in Berlin sein neues Buch vor.

Überzeugter Marktwirtschaftler

Merz verteidigte vor zehn laufenden Kameras und mehreren Dutzend Hauptstadtjournalisten seine Prinzipien: „Ich bleibe bei meiner Überzeugung: Es gibt keinen besseren Mechanismus zur Marktkoordinierung als den Markt." Die Anhänger des Kapitalismus machten den Fehler, dass sie zu wenig offensiv für ihre Überzeugung kämpften. Merz geht es um den ordoliberal pointierten Zusammenhang von Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie, um die „Neujustierung des Verhältnisses zwischen Bürgern und Staat" und um eine „neue Verantwortung der Leistungseliten".

Ausdrücklich lobte Merz das finanzielle Rettungspaket der Bundesregierung. Sowohl in seinem Buch als auch in freier Rede bei der Vorstellung betonte er die Dringlichkeit eines neu regulierten Kapitalmarktes und die Korrektur einer vor allem in Amerika verheerend falschen Geld- und Niedrigzinspolitik, die das Desaster erst ermöglicht habe.

Sein Buch versteht Friedrich Merz als „Diskussionsbeitrag in meiner Partei", gemeint ist die CDU (!), die „Akzeptanzkrise der Marktwirtschaft" werde es wohl nicht lösen, wohl aber vielleicht die neue Debatte befeuern. Merz: „Die Deutschen sollten den Kapitalismus verstehen, damit er gerettet werden kann. Und retten müssen wir den Kapitalismus, denn ohne Kapitalismus gibt es keinen Sozialstaat, und ohne Sozialstaat gibt es keine soziale Gerechtigkeit."

G.K.

FRIEDRICH MERZ

Mehr Kapitalismus wagen
Gebunden, ca. 200 Seiten,
19,90 Euro
Piper-Verlag
ISBN 978-3-492-05157-6

Änderung des Vergabeverfahrens

WETTBEWERB BLEIBT AUF DER STRECKE

Was mit dem Gesetzentwurf zur Modernisierung des Vergabewesens unter dem hehren Ziel daherkommt, derartige Vergabeverfahren (§§ 97 ff des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, GWB) „mittelstandsfreundlich“ auszugestalten, entpuppt sich bei näherem Hinsehen teilweise als das genaue Gegenteil.

Staatliche Stellen, Städte und Gemeinden beschaffen sich traditionell einen Großteil der von ihnen benötigten Bau-, Liefer- und Dienstleistungen von der entsprechenden Privatwirtschaft, die in der Regel mittelständisch geprägt und leistungsorientiert ist. Aufträge der öffentlichen Auftraggeber wie z.B. der Städte und Gemeinden an private Unternehmen müssen - jedenfalls bei Überschreiten bestimmter Schwellenwerte - öffentlich ausgeschrieben werden, um in einem fairen Wettbewerb den wirtschaftlichsten Anbieter herauszufiltern und damit die öffentlichen Kassen zu schonen.

Angepasst an Eigenbedarf

Ausnahmen von diesem Ausschreibungsgebot gibt es dann, wenn z.B. eine Stadt einen derartigen Beschaffungsauftrag an einen Betrieb vergibt, der von der Stadt wie eine eigene Dienststelle kontrolliert wird und der im Wesentlichen auch nur für diese Stadt tätig ist. Beispiele hierfür sind der städtische Gartenbetrieb, dem die Pflege der städtischen Grünfläche übertragen wird, oder das städtische Theater, das einen Umbau durch das städtische Ingenieurunternehmen planen lässt. Diese Leistungen können derzeit die Städte als öffentliche Auftraggeber nicht bei städtischen Betrieben anderer Städte und Gemeinden ohne Ausschreibung in Auftrag geben, da sie diese anderen städtischen Betriebe ja nicht wie ihre eigenen Betriebe kontrollieren können.

Dies führt die Städte und Gemeinden richtigerweise dazu, den Bestand ihrer Betriebe und Unternehmen ihrem tatsächlichen Eigenbedarf anzupassen, dabei aber flankierend in erheblichem Umfang auf die private Wirtschaft zurückzugreifen. Dies entspricht auch der Rechtslage nach den Ländergesetzen, die in der Regel vorschreiben, dass die öffentlichen Auftraggeber bei Beschaffungsmärkten mit hinreichender privater Anbieterstruktur soweit wie möglich Aufträge an die private Wirtschaft vergeben müssen und sich nicht eine eigene Substruktur schaffen sollen.

Wettbewerb wird ausgeschaltet

Dies alles würde sich nach dem Gesetzentwurf zur Novellierung des GWB jetzt ändern. Insbesondere Städte und Gemeinden soll erlaubt werden, im Zuge einer kommunalen Querkooperation im großen Stil zu Lasten des Mittelstands zusammenzuarbeiten. Sie können danach sich bzw. ihren jeweiligen 100prozentigen Tochterunternehmen ohne jegliche öffentliche Vergabeverfahren gegenseitig Aufträge zur Beschaffung z. B. von Bauleistungen im Hoch- oder Tiefbau, bei Liefergegenständen aller Art oder bei Dienstleistungen erteilen. Damit wird die gerade im öffentlich-rechtlichen Bereich notwendige Transparenz bei wirtschaftlichen Einkäufen und Beschaffungen teilweise wieder abgeschafft. Dieser Bereich schottet sich teilweise vom Markt ab. „Politische“ Preise oder Preise auf freundliche Gegenseitigkeit werden das Ergebnis sein. Die Wirtschaft, so leistungsfähig sie auch sein mag, bleibt außen vor. Stattdessen wird die Tür aufgemacht für größere städtische und kommunale Betriebseinheiten, die im entsprechenden Querverbund ohne Insolvenzrisiko zu marktfernen Preisen Leistungen erbringen können.

Ein falscher Weg

Dieser Weg ist wirtschaftspolitisch falsch und stimmt mit den Grundsätzen des Vergaberechts nicht überein. Dieses Gesetzgebungsvorhaben verstößt auch gegen die europäischen Richtlinien und die entsprechende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und der nationalen Gerichte. Es ist absehbar, dass derartige interkommunale Beschaffungsaufträge ohne vorherige Ausschreibung alsbald wieder von nationalen Gerichten für unwirksam erklärt würden. Was jetzt benötigt wird, ist aber Rechtssicherheit und faire Beteiligungsmöglichkeiten für die Wirtschaft, deren Bestand sich teilweise zu einem erheblichen Teil auf Aufträge von Städten und Gemeinden stützt.

Joachim Gres, Rechtsanwalt und Notar, Frankfurt

Durch eine Änderung des Vergabewesens soll es möglich werden, dass Kommunen untereinander Aufträge vergeben und ausführen – ohne Ausschreibung.

ANZEIGE

MittelstandsMagazin

Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

Unseren Lesern verpflichtet –
und Ludwig Erhard

- aktuell und informativ
- hintergründig
- meinungsfreudig
- zielgruppenorientiert

Unsere Leser:
mehr als 100.000* Entscheider aus Mittelstand, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden – nah dran und mitten drin.

www.mitmagazin.com **E-Mail: info@ mitmagazin.com**

* Das MittelstandsMagazin erscheint zehnmal im Jahr.
Auflage: 40.500 pro Ausgabe,
durchschnittliche Leserzahl pro Exemplar: 2,5 lt. Leserstrukturanalyse

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt und Notar,
stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen dabei ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand wie die Vertragsverhältnissse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, Klarheit in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten.

***Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Im ersten Teil geht es um die immer wieder auftretende Problematik des Wettbewerbsverbotes für ausscheidende Mitarbeiter. Unseren Leser Gerd J. aus München interessiert dabei insbesondere die Frage, ob sich ein Geschäftsführer einer GmbH ein nach seinem Ausscheiden erzieltes Einkommen auf seine Entschädigung für ein vereinbartes Wettbewerbsverbot anrechnen lassen muss.

Nach § 74 c HGB muss sich der Handlungsgehilfe auf die Karenzentschädigung das anrechnen lassen, was er durch anderweitige Verwertung seiner Arbeitskraft erwirbt. Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass eine analoge Anwendung dieser Vorschrift auf den Geschäftsführer einer GmbH nicht in Betracht kommt. Im Unterschied zum Handlungsgehilfen steht dem GmbH-Geschäftsführer nicht von Rechts wegen eine Karenzentschädigung zu. Wird eine solche jedoch vertraglich vereinbart, so haben es die Vertragsparteien auch in der Hand, Regelungen zur Höhe und zur Anrechnung etwaigen anderen Einkommens zu treffen.

Derartige Regelungen sollten bereits im Anstellungsvertrag enthalten sein. Ansonsten hat die GmbH später nur die Möglichkeit, den Geschäftsführer vom Wettbewerbsverbot zu befreien, um eine zugesagte Entschädigung zu sparen.

Klare Regelungen, die zu einem Zeitpunkt getroffen werden, in dem beide Parteien gemeinsam den Erfolg der Vertragsverhandlungen wünschen, sind aber immer besser als Regelungen unter dem Druck eines schwelenden Konflikts.

Im zweiten Teil geht es um das stets aktuelle Thema der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen" (AGB). Immer wieder erleben Firmen in Prozessen mit früheren „guten" Kunden oder „lieben" Mitbewerbern böse Überraschungen, wenn plötzlich die Allgemeinen Geschäftsbedingungen von einem Gericht für unwirksam oder sogar sittenwidrig erklärt werden.

Unsere Leserin Susanne H. aus Berlin möchte wissen, ob bereits in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen das Einzugsermächtigungsverfahren vereinbart werden kann. Der Bundesgerichtshof hat keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Vereinbarung dieser Zahlungsart durch die Erwähnung in den AGB. Dies gilt erst Recht, wenn der Verwender der AGB von seinen Kunden einen regelmäßigen und monatlich gleich bleibenden Betrag einzieht, wie es zum Beispiel bei Mitgliedsbeiträgen für ein Sportstudio der Fall ist.

Der BGH sah in dieser Variante der bargeldlosen Zahlung auch Vorteile für den Verbraucher. So muss dieser keine Zahlungstermine im Auge behalten. Er kann sogar der Belastung seines Kontos widersprechen. Und natürlich gibt es auf Seiten des Verwenders erhebliche Rationalisierungseffekte, was sich nicht zuletzt spürbar günstig auf die Kosten auswirkt.

Anders wird vom BGH das so genannte Abbuchungsverfahren beurteilt. Dort erteilt der Verbraucher im voraus seiner Bank den Auftrag, Lastschriften des in dem Auftrag bezeichneten Gläubigers einzulösen. Nach Einlösung der Lastschrift kann der Verbraucher daher auch die Abbuchung nicht mehr rückgängig machen. Dies birgt für den Verbraucher ganz erhebliche Gefahren. Deshalb sieht der BGH eine Vereinbarung dieser Zahlungsart in Allgemeinen Geschäftsbedingungen regelmäßig als unwirksam an.

Es kommt also auf die ganz konkrete Formulierung an, damit im Fall des Falles die gewünschte Zahlungsart auch tatsächlich wirksam und gerichtsfest vereinbart ist.

Schreiben Sie uns: E-Mail: rechtsfragen@mitmagazin.com

ERHARD-ZITATE

Wer das hierzulande auf vier Jahre geltende Parlamentsmandat nicht als den Auftrag versteht, nach bester eigener Einsicht zu handeln, wer es nur als den Platz zwischen zwei Wahlen begreift, der wird sich tunlichst auf Aktivitäten beschränken, die tatsächlich oder scheinbare Popularität versprechen. Wer überwiegend wahltaktisch zu denken geneigt ist, der wird spätestens von der Mitte jedes Vier-Jahres-Zyklus ab eher öffentliche Zuwendungen versprechen, als besondere Belastungen in Aussicht stellen, auch wenn sie im wohlverstandenen Interesse des ganzen Volkes liegen.

*

Wer heute notwendige Opfer aus vordergründigen Popularitätsgesichtspunkten umgehen möchte, versündigt sich am Funktionsprinzip der parlamentarischen Demokratie. Überdies wird er mit Sicherheit der Verurteilung durch den Wähler dann verfallen, wenn Versäumnisse, die heute verschuldet werden, morgen zu schweren Rückschlägen führen und unsere Sicherheit, den Bestand unserer freiheitlichen Ordnung und auch unseren Wohlstand in Frage stellen.

*

Je besser es innerhalb der einzelnen Volksschichten zu gelingen scheint, Gefühle und Ressentiment über Vernunft, Einsicht und Verantwortungsbewusstsein zu stellen, umso mehr feiern die Auswüchse Triumphe. Dazu ist fast eine Art umgekehrter Korrelation dergestalt festzustellen, dass mit der Schwäche oder gar Unhaltbarkeit der Argumentation die Lautstärke, mit der Forderungen erhoben werden, zunimmt.

*

Das Vertrauen in unseren Rechtsstaat ist nur solange gesichert, wie die politisch Verantwortlichen durch ihr eigenes Verhalten das gute Beispiel vorleben.

Quelle: ‚Die Soziale Marktwirtschaft. Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz.' Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Berlin 2007. ISBN 978-3-00-023130-8

AKTUELLE URTEILE

Warnung vor Radarwarngerät

AG Lüdinghausen; Urteil vom 14.03.2008; 10 Owi 89 Js 103/08 – 16/08

Nach § 23 I b StVO ist Autofahrern untersagt, „ein technisches Gerät zu betreiben oder betriebsbereit mitzuführen, das dafür bestimmt ist, Verkehrsüberwachungsmaßnahmen anzuzeigen oder zu stören. Das gilt insbesondere für Geräte zur Störung oder Anzeige von Geschwindigkeitsmessungen (Radarwarn- oder Laserstörgeräte)“. Vor dem Amtsgericht Lüdinghausen musste sich nun eine Autofahrerin verantworten, die in dem Pkw zwar ein Radarwarngerät angebracht, dieses jedoch nicht angeschlossen hatte. Sie konnte das Gericht davon überzeugen, dass eine Versorgung des Gerätes mit Strom kurzfristig nicht möglich war - erst Recht nicht während der Fahrt. Das Amtsgericht kam somit zu dem Ergebnis, dass ein Verstoß gegen § 23 I b StVO nicht vorliegt. Entscheidend ist die Betriebsbereitschaft und an der fehlt es, wenn ein Radarwarngerät zwar im Pkw vorhanden ist, aber während der Fahrt gar nicht in Betrieb genommen werden kann.

Streit um die Schiedsklausel

OLG Koblenz; Urteil vom 06.03.2008; 6 U 610/07

In sehr vielen Gesellschaftsverträgen wird festgeschrieben, dass „alle Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gesellschaftern oder zwischen der Gesellschaft und einzelnen Gesellschaftern, soweit sie das Gesellschaftsverhältnis berühren,“ vor einem Schiedsgericht ausgetragen werden müssen. Die genauen Befugnisse des Schiedsgerichts sind dann in einem separaten Schiedsvertrag niederzulegen. Dieser ist in dem Fall, den das Oberlandesgericht Koblenz zu entscheiden hatte, nicht geschlossen worden. Trotzdem verneinte das OLG seine Zuständigkeit für eine Klage eines der Gesellschafter gegen einen anderen. Die Regelung im Gesellschaftsvertrag ist ausreichend, um den ordentlichen Rechtsweg zu den staatlichen Gerichten zu versperren. Fehlen weitere vertragliche Vorgaben für das Schiedsgericht, gelten die gesetzlichen Regeln der §§ 1034 – 1058 BGB. Das OLG hat darüber hinaus entschieden, dass die Schiedsklausel auch für das Verhältnis zu früheren Gesellschaftern gilt.

Praxistipp:
Anstelle der Schiedsklauseln in Gesellschaftsverträgen sind Mediationsklauseln auf dem Vormarsch. Sie schreiben zunächst den Versuch eines Mediationsverfahrens vor, bevor eine Klage bei einem staatlichen Gericht erhoben werden darf. Der Vorteil des Mediationsverfahrens liegt unter anderem darin, dass die Konfliktpartner mit Hilfe eines Mediators eine eigene autonome Lösung des Konflikts finden können.

Kombination von Ehe- und Erbvertrag birgt Risiko

LG Ravensburg; Urteil vom 31.01.2008; 2 O 338/07

Es ist durchaus üblich, in einem notariellen Ehevertrag oder einer Scheidungsfolgenvereinbarung auch erbrechtliche Fragen zu regeln. Dies bringt unter anderem auch Kostenvorteile mit sich. Diese vermeintliche Vergünstigung kann später aber teuer werden oder zumindest zu ungewünschten Ergebnissen führen, wie sich aus einem Urteil des Landgerichts Ravensburg schließen lässt.

Ein Ehepaar hatte einen Ehevertrag geschlossen, in dem Gütertrennung und ein Unterhaltsverzicht vereinbart wurden. Auch der Verzicht auf Erb- und Pflichtteilsrechte war Gegenstand des notariellen Vertrages. Nach dem Tod des einen Ehegatten vertrat plötzlich der andere die Auffassung, dass er trotz des Erbverzichts Miterbe geworden sei. Das Landgericht gab ihm Recht. Der Ehevertrag sei wegen der einseitigen Lastenverteilung der Scheidungsfolgenregelung unwirksam. Diese Unwirksamkeit erstreckt sich auch auf den Erb- und Pflichtteilsverzicht, woran auch die übliche salvatorische Klausel nichts ändert.

Praxistipp:
Natürlich reizen die Preisvorteile dazu, möglichst viele Regelungen in einen Notarvertrag zu packen. Spätestens nach der Entscheidung des LG Ravensburg muss man sich aber über die möglichen Risiken klar werden, auch wenn das Urteil in seinen Gründen nicht überzeugend ist. Es macht aber deutlich, dass eine individuelle rechtliche Beratung vor der Kombination verschiedener Verträge unerlässlich ist. Und: Die billigste Lösung ist nicht immer günstig!

Meinungsfreiheit contra Eigentumsgarantie

Berliner VerfGH; Beschluss vom 22.01.2008; VerfGH 70/06

Ein Vermieter beabsichtigte, ihm gehörende Wohnungen zu verkaufen. Bei einem Besichtigungstermin mit Kaufinteressenten warf ein Mieter Zettel aus dem Fenster seiner gemieteten Wohnung, auf denen sinngemäß stand, dass Mieter sich erfolgreich wehren. Diese Aktion startete der Mieter mehrfach, worauf ihm vom Vermieter gekündigt wurde. Der Vermieter argumentierte damit, dass der Mieter ihn durch diese Zettel in seinen Verkaufsbemühungen behindern und damit wirtschaftlich schädigen will.

Der vom Vermieter erhobenen Räumungsklage wird in erster Instanz stattgegeben, während er dann in zweiter Instanz verliert. Der Fall landet beim Berliner Verfassungsgerichtshof, der eine Verletzung der Eigentumsgarantie durch das Handeln des Mieters nicht erkennen kann. Der Mieter macht danach von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch, also von einem Grundrecht, das auch zwischen Privatleuten gilt. Sofern ein Mieter nur über einen anstehenden Konflikt informiert und ihm eine Schädigungsabsicht nicht nachgewiesen werden kann, ist an der Abweisung der Räumungsklage nichts auszusetzen. Das gilt auch, wenn die Verkaufsbemühungen tatsächlich darunter leiden.

BÜCHER

Die Linke
Jesse/ Lang
Hardcover, 288 Seiten, 24,90 Euro
Olzog Verlag, ISBN 978-3-7892-8257-7

Mit der Übernahme der WASG um Oskar Lafontaine als Agitator scheinen die Postkommunisten der PDS auch im Westen Fuß zu fassen. In einem fluiden Fünfparteiensystem bringt die Linke schon jetzt gewohnte Konstellationen durcheinander. Sie will das herkömmliche System aufmischen – mit Allgemeinplätzen, Populismus und mieser Stimmungsmache. Das Buch liefert Fakten zu Programm und Strategie und bietet auch einige biografische Porträts der führenden Köpfe.

Der programmierte Stillstand
Meinhard Miegel/ Thomas Petersen
Paperback, 12,90 Euro
Olzog Verlag, ISBN 978-3-7892-8258-4

Dieses Buch räumt mit einer Legende auf: Zwar erklärt die Bevölkerung meistens einmütig, Deutschland brauche Wachstum, doch nur 27 Prozent streben nach mehr. Für die Übrigen geht es vorrangig um die Bewahrung des Erreichten, verlässliche Sozialsysteme oder eine gute Rechtsordnung. Das ist kein Boden, auf dem Wirtschaft dauerhaft wächst. Das sollte Anlass sein, bisherige politische und wirtschaftliche Handlungsmuster von Grund auf zu überdenken und neu zu gestalten.

Der Weg zum erfolgreichen Unternehmer
Stefan Merath
Gebunden, 463 Seiten, 29,90 Euro
Gabal Verlag, ISBN 978-3-89749-793-1

Ein Buch für Unternehmer, für die, die es schon sind und die, die es werden möchten. Der Autor widmet sich in diesem Buch einer Zielgruppe, die vor ganz eigenen Herausforderungen steht und daher auch spezifische Lösungen benötigt. Unternehmer reagieren in völlig anderen Situationen und Kontexten als Manager, werden aber in der Literatur selten alleine angesprochen. Der Autor scheut sich nicht, es mit herrschenden Management-Theorien aufzunehmen und eigene Positionen zu entwickeln.

Wie man Kunden gewinnt
Gebunden, 26,00 Euro
völlig neu überarbeitete Auflage
Cornelsen Verlag, ISBN 978-3-589-23666-4

Mit einer Gesamtauflage von über 2,5 Millionen Exemplaren gilt dieses Buch seit vielen Jahren als maßgebliches internationales Leitbuch erfolgreicher Verkaufspraxis. Es wurde in 20 Sprachen übersetzt. Hunderte Unternehmen von Weltruf haben ihre gesamte Verkaufsorganisation mit diesem Buch ausgerüstet. Es ist ein Verkaufskurs in Buchform. Die vorgeschlagenen, in der Praxis getesteten Verkaufstechniken kann jeder konkret für die eigenen Bedürfnisse einsetzen.

Schnäppchenführer
Deutschland 2009/10
Broschiert, 640 Seiten, 12,90 Euro
Schnäppchenführer-Verlag, ISBN 978-3-936161-63-2

Der Schnäppchenführer beschreibt rd. 850 Standorte günstiger Einkaufsmöglichkeiten: Outlets, Fabrikverkäufe, Factory Outlet Center. Zusätzlich bietet die neue Ausgabe drei Schnäppchentouren für preiswertes Shoppen, so z.B. entlang der großen Autobahnen von Hamburg bis zu den Alpen oder von Ostfriesland zum Bodensee.

Paradoxien der Führung
B. Krusche
Gebunden, 189 Seiten, 29,95 Euro
Carl Auer Verlag, ISBN 978-3-89670-619-5

Der Autor fordert eine Abkehr vom traditionellen Führungsverständnis. Die Verhältnisse und die Wirkung des eigenen Tuns seien nicht berechenbar – und schon gar nicht zu kontrollieren. Interviews mit bekannten Organisationswissenschaftlern und –beratern geben dem Thema zusätzliche Impulse.

Systematisch Lösungen finden
Peter Schweizer
Gebunden, 38,00 Euro
vdf Verlag Zürich, ISBN 978-3-7281-3087-7

Das Buch vermittelt nicht nur Methoden für das systematische Lösen von Problemen. Es ist eine Denkschule, die verschiedene Faktoren mit einbezieht: die Logik, die Persönlichkeit, Emotionen sowie alle an der Aufgabe Beteiligten. Kurz: Ein Lese- und Lehrbuch für Anfänger, ein Nachschlagewerk und Ratgeber für Geübte in einem.

Und tschüss!
Leo Hickmann
Gebunden, 440 Seiten, 19,90 Euro
Pendo Verlag, ISBN 978-3-86612-162-1

Leo Hickmann hat sich aufgemacht und den Tourismus unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten unter die Lupe genommen. Bei seiner Reise um die Welt hat er die beliebtesten Urlaubsziele besucht und im Gespräch mit vielen Beteiligten die Kehrseite der Urlaubsmedaille kennengelernt. Er belässt es allerdings nicht bei der Kritik, er zeigt auch praktikable Alternativen auf. Der Autor verfällt glücklicherweise nicht in die Rolle des Ökoaktivisten, der seinen Lesern den Urlaub vermiesen will, sondern er macht nachdenklich mit Fakten.

Die unternehmen was!
Silke Becker
Gebunden, 208 Seiten, 24,90 Euro
Gabal Verlag, ISBN 978-3-89749-852-5

Von der Gründung zum Erfolg – Unternehmerinnen berichten, wie sie es geschafft haben. Neben den Porträts lebt das Buch von umfangreichen Infoteilen, die sich mit den wesentlichen Stationen auf dem Weg in die Selbstständigkeit befassen. Im Anhang finden sich Adressen, Literaturtipps und viele praktische Infos zu Themen wie Gründerportale, Businessplanung, Förderdatenbanken, Franchiseverbände oder Frauennetzwerke.

BÜROKATIE-ÄRGER

Neues von der GEZ

Es klingt unglaublich, was der Hamburger Kfz-Meister Carlo Baldessarini jetzt über die Gebühreneinzugszentrale der deutschen Rundfunkanstalten (GEZ) zu berichten wusste. Er soll für Autos, die er repariert, gut 1.000 Euro Rundfunkgebühren bezahlen.

Ein GEZ-Mann hatte den seit 20 Jahren selbstständigen Kfz-Meister in seiner Werkstatt aufgesucht und ihn in ein Gespräch darüber verwickelt, ob er denn bei Arbeiten an den Autos seiner Kunden auch schon mal die Batterie abklemme. Dann, so meinte der „freundliche Gebühren-Berater", müsse er nach dem Anschließen der Batterie ja auch den Code des Autoradios neu eingeben. Damit betreibe er es, das Radio, und weil er es betreibe, müsse er Gebühren zahlen.

Flugs rechnete der GEZ-Drücker Baldessarini vor, dass er nun Gebühren für die letzten 20 Jahre nachzahlen müsse, um ihm dann gleich vermeintlich generös entgegen zu kommen: Wenn er jedoch gleich unterschreibe, müsse er nur die Gebühren der letzten zehn Jahre nachentrichten. Leider unterschrieb der geschockte Handwerker.

Er weiß längst, dass es ein Fehler war, denn seitdem versucht die GEZ, 1.019,03 Euro an Gebühren von ihm einzutreiben. Für den Anwalt des GEZ-Geplagten ist die Situation klar: Eine Gebühr für Kundenfahrzeuge ist nicht vorgesehen. Mit dem Thema beschäftigte sich bereits im Jahr 2005 das Verwaltungsgericht Mainz, doch trotzdem gibt die GEZ nicht nach. Der zuständige Norddeutsche Rundfunk, an den sich der Kfz-Meister ebenfalls wandte, hat ihm bisher nicht geantwortet.

Keine Rundfunkgebühren mehr für Computer?

In einem anderen Fall hat die GEZ offenbar schlechte Karten. Erstmals hat ein Gericht einen Bescheid der GEZ aufgehoben mit der Begründung, der bloße Besitz eines internetfähigen Computers reiche noch nicht aus, um Gebühren zu kassieren. Ein Student hatte gegen die Zahlungspflicht geklagt, weil er seinen Computer nicht für den Empfang von Rundfunkprogrammen nutze (VG Münster Az 7K1473/07). Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig. In der Vergangenheit hat es schon mehrere widersprüchliche Urteile dazu gegeben.

Die Einführung der Gebührenpflicht für internetfähige Computer, Handys und Notebooks war seinerzeit in der Wirtschaft auf heftigen Widerspruch und Protest gestoßen. Die für den Gebührenstaatsvertrag zuständigen Länder hatten sich jedoch nur zu geringen Zugeständnissen durchringen können. Nach Ansicht von Medienexperten möchten es sich viele Landespolitiker nicht mit „ihren" Landesrundfunkanstalten verderben...

G.K.

Haben auch Sie Ärger mit der Bürokratie allgemein, mit speziellen Behörden?
Schreiben Sie uns! Machen Sie Ihrem Ärger Luft!

Wir machen uns stark für Sie, wir schalten Abgeordnete ein, wir veröffentlichen unsere Recherchen und machen Druck!

Redaktion
MittelstandsMagazin
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
E-Mail: info@mitmagazin.com

Schreiben Sie uns – info@mitmagazin.com – Wir helfen Ihnen!

RECHTSANWÄLTE MÜSSEN AUCH UNTERNEHMERISCH HANDELN

Die Bewertung ihrer Zukunftsaussichten scheidet die Anwaltschaft in Deutschland. Trotz hohen Wettbewerbsdrucks sind insbesondere diejenigen Anwälte zuversichtlich, die nach eigener Aussage unternehmerisch denken. Das ist eines der Resultate einer aktuell wieder durchgeführten repräsentativen Umfrage, die das Marktforschungsinstitut IRES im Auftrag der Nürnberger DATEV eG regelmäßig realisiert. Doch selbst bei den unternehmerisch denkenden Kanzleiinhabern folgt nicht immer unmittelbar das entsprechende Handeln. So besteht beim Einsatz von Instrumenten zum Kanzleimanagement oder zur Mandantenakquise noch Nachholbedarf.

Skeptiker überwiegen

Generell ist die Sicht der Anwälte auf ihre Zukunft im Jahresvergleich pessimistischer geworden. Hielten sich in der vorhergehenden Befragung die Meinungen, dass die kommenden drei bis fünf Jahre insgesamt eher Vorteile beziehungsweise eher Nachteile für das Kanzleigeschäft mit sich bringen, noch die Waage, so sind nun mit 63 Prozent die Skeptiker eindeutig in der Mehrzahl. Um das eigene Geschäft zu forcieren, stehen weiterhin die Spezialisierung in Fachanwaltschaften, aber auch die Kooperation mit anderen Berufsgruppen hoch im Kurs. Rund ein Viertel aller Befragten ist bereits Fachanwalt, 55 Prozent streben eine solche Spezialisierung gegenwärtig an. Bei der Kooperation sind es sogar mehr als die Hälfte der Kanzleien, die in unterschiedlicher Intensität bereits mit Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern zusammenarbeiten.

Bereits seit 1998 beauftragt DATEV das Marktforschungsinstitut IRES jährlich mit der Studie zur Zukunftseinschätzung der Anwälte. Seit dieser Zeit hat das Unternehmen auch spezielle Angebote für Rechtsanwälte im Portfolio. Heute decken die DATEV-Lösungen die vier elementaren Säulen für den Erfolg der anwaltlichen Tätigkeit ab: die Organisation der Arbeitsabläufe, das Qualitätsmanagement, das Controlling und das Marketing. Einen Schwerpunkt im spezifischen, umfassenden Produkt- und Dienstleistungsangebot machen dabei Lösungen und Werkzeuge aus, die dem Anwalt die Kanzleiführung auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten erleichtern. Seit Bestehen des Geschäftsbereichs DATEV-Anwalt wird das Angebot stetig ausgebaut.

Profil schärfen – Union stärken

Rund 100 Gäste folgten der Einladung der MIT Leverkusen zum Gesprächsabend mit dem MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann. Der MIT-Kreisvorsitzende und MIT-Bundesvorstandsmitglied Helmut Nowak freute sich über das große Interesse und zitierte zur Einleitung einen Artikel des Spiegels, in dem Dr. Schlarmann als „Merkels letzter Widersacher“ bezeichnet wird. So sah sich Dr. Schlarmann selber nicht. Er bezeichnete sich aber auch nicht als Freund der Großen Koalition, da diese unter anderem dazu führe, dass die CDU an Profil verliere. Grundlagen der CDU, wie Prinzipien, Werte und ordnungspolitische Vorstellungen würden aus den Augen verloren. Dr. Schlarmann machte deutlich, dass die MIT ein glühender Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards ist. Diese klare Positionierung wurde von den Gästen mit großer Zustimmung aufgenommen.

Dr. Josef Schlarmann *(l.),* **Helmut Nowak** *(r.) und der Leverkusener CDU-Oberbürgermeister-Kandidat* **Reinhard Buchhorn** *(Mitte) fordern eine Politik auch für Leistungsträger, nicht nur für Leistungsempfänger.*

Straftaten und Mobbing am Arbeitsplatz

Das Bundesarbeitsgericht hat kürzlich die Rechte der Mobbingopfer am Arbeitsplatz gestärkt. Danach hat der Arbeitgeber sogar Schadensersatz nicht nur für eigene Versäumnisse, sondern auch für solche durch Vorgesetzte und andere Mitarbeiter verursachten Handlungen zu leisten. Die Ersatzansprüche des Opfers gegenüber dem Arbeitsgeber können zu erheblichen Schmerzensgeldforderungen durch die Opfer führen. Im Rahmen eines Veranstaltungsabends der MIT Braunschweig informierten die Fachanwältin für Strafrecht, Sabine Kleinke (MIT-Kreisvorsitzende in Braunschweig), und Rechtsanwalt Oliver Kreissel interessierte Zuhörer darüber, wie es sich mit der neuen Rechtssprechung verhält und wie man sich vor deren Konsequenzen schützen kann.

Renate Hübner (stellv. MIT-Kreisvorsitzende), Oliver Kreissel und Sabine Kleinke (v.l.n.r.) bei einem erfolgreichen MIT-Informationsabend in Braunschweig.

MITTELSTAND IST JOB-MOTOR

Mit einer Gesprächsreihe Kommunal-Landes-Bundes-Politik lädt die MIT Erkrath in regelmäßigen Abständen Politiker von der Kommunal- bis hin zur Bundesebene ein. Der Einladung des MIT-Vorsitzenden Michael Kümhof war diesmal der NRW-Landtagsabgeordnete Harald Giebels gefolgt. Er machte deutlich, dass der Mittelstand der entscheidende Job-Motor ist. Seit Regierungsübernahme durch die CDU in NRW konnten fast 230.000 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden; die Arbeitslosenzahl wurde seitdem um über 300.000 gesenkt. Dabei ist ein Großteil der Arbeitsplätze in mittelständischen Unternehmen entstanden. Dies wurde durch die Landesregierung mit fünf so genannten Mittelstandspaketen unterstützt. So wurden zur Entlastung des Mittelstandes unter anderem schnellere Genehmigungsverfahren und flexible Ladenöffnungszeiten eingeführt.

Harter Wettbewerb um die Briefpost

Seit dem 1. Januar 2008 sind 50 Prozent des Marktvolumens von zehn Milliarden Euro aus dem ehemaligen Monopolbereich der Deutschen Post entlassen. Über die Folgen der vollständigen Öffnung des Briefmarktes seit Jahresbeginn informierte sich die MIT Unna im Rahmen eines MITtagsgespräches. Der erfahrene Logistikmanager Rolf-Dieter van Alst stand den Gästen der MIT Unna bei ihrer traditionellen „MITtagspause“ als Gesprächsgast zur Verfügung. Nach seiner Auffassung können die privaten Briefzustellunternehmen mit gutem Service den Ex-Monopolisten zwingen, über mehr Innovation und Kundenorientierung nachzudenken, auch wenn die Dominanz der Deutschen Post, die im Briefgeschäft immer noch 90 Prozent Marktanteil hält, so schnell nicht wanken wird.

Gemeinsam für die Weiterentwicklung des Wettbewerbes auf dem Briefmarkt (v.l.n.r.): Frank Murmann, Rolf-Dieter van Alst und MIT-Stadtverbandsgeschäftsführer Thomas Pool.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT-Stadtverband neu gegründet

In Neustadt am Rübenberge wurde ein neuer MIT-Stadtverband aus der Taufe gehoben. Unter der Leitung des MIT-Landesgeschäftsführers in Niedersachsen, Andreas Sobotta, wurden zum ersten Vorsitzenden Detlev Meyer und zum zweiten Vorsitzenden Johannes Faber gewählt. Zudem konnten an diesem Tag zwölf neue MIT-Mitglieder begrüßt werden.

MIT beim Verband Freie Berufe gut vertreten

Der Landesverband der Freien Berufe Nord (LFB) hat einen neuen Vorsitzenden: Zahnarzt Hans-Peter Küchenmeister löste Dr. Eckhard Weisner ab, der nach acht Jahren an der Verbandsspitze nicht wieder kandidierte. Küchenmeister ist stellv. MIT-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein und leitet als zweiter Vorsitzender die Kommission Gesundheitspolitik des MIT-Bundesvorstandes.

Foto: Jörg Wohlfromm

Hans-Peter Küchenmeister, neu gewählter Vorsitzender des Landesverbandes der Freien Berufe in Schleswig-Holstein (LFB).

MIT Osterholz

Marco Schottke heißt der neue Kreisvorsitzende der MIT Osterholz. Marie Jordan und Marcus Oberstedt wurden einstimmig als stellvertretende Kreisvorsitzende gewählt. Ippe Klaassen wird die Schrift- und Kassenführung des MIT-Kreisverbandes übernehmen. Der Hauptgeschäftsführer der Niedersachsen MIT, Andreas A. Sobotta aus Hannover, sagte dem neuen Kreisvorstand seine Unterstützung beim weiteren Aufbau der MIT Osterholz zu. Fürs Erste will sich der neue Kreisvorstand der Gewinnung neuer Mitstreiter und der Planung interessanter Veranstaltungen widmen.

MIT bei EIN-Sommeruniversität

Vom 18. bis 20. September 2008 fand in Italien die 7. Sommeruniversität des Europäischen Ideen-Netzwerkes (EIN) statt. EIN wurde 2002 ins Leben gerufen und ist ein Ideenprozess, der von der EVP-ED Fraktion initiiert und gefördert wird. Mit dabei war in diesem Jahr auch der MIT-Bundesschatzmeister und Co-Präsident der SME UNION, Peter Jungen. Er hatte Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten, Silvio Berlusconi.

MIT Böblingen

Die MIT Böblingen hat Rudolf Preiß erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt. Als seine Stellvertreter wurden Hermann Ayasse, Ralf Nerling sowie Hans-Dieter Schühle bestätigt. Willi Grießinger ist weiterhin verantwortlich für die Finanzen. Als Schriftführer wurde Andreas Janous gewählt. Neu im engeren Vorstand ist Dr. Erich Höpfer. Er übernimmt die Funktion des Pressesprechers. 12 Beisitzer komplettieren den Vorstand: Dieter Brand, Rolf Fackelmeyer, Markus Fries, Hans-Joachim Häbich, Tim Kröske, Marcus Kwincz, Tobias Mörk, Michael Moroff, Prof. Claus-Dieter Müller-Hengstenberg, Jörg Schumacher, Martiana Spazier und Albert-Jan Wiese. Eine besondere Überraschung erlebte Hans-Dieter Schühle, der von Rudolf Preiß für seine hervorragenden Leistungen bei der Werbung neuer Mitglieder ausgezeichnet wurde. In den letzten beiden Jahren gelang es ihm, zehn neue Mitglieder zu werben. Geht man noch einige Monate zurück, nämlich bis zum Februar 2005, so erreichte er eine stolze Zahl von 18 Neumitgliedern und verdrängte damit den Kreisvorsitzenden Rudolf Preiß mit 15 gewonnenen Neumitgliedern auf Platz 2.

Rudolf Preiß (r.) gratuliert Hans-Dieter Schühle (l.) für das herausragende Engagement bei der Mitgliederwerbung

Mittelstandspolitik

Das **Dritte Mittelstandsentlastungsgesetz** (MEG III) hat das Parlament erreicht und soll spätestens zum Jahresende in Kraft treten. Der Entwurf enthält insgesamt 23 Einzelmaßnahmen, mit denen Kleinbetriebe um rund 100 Mio. Euro von unnötiger Bürokratie entlastet werden. Vorgesehen ist u.a. eine Vereinfachung der Handwerkszählung für die rund 460.000 zulassungspflichtigen Unternehmen. Daneben wird ein ganzes Bündel gewerberechtlicher Erleichterungen umgesetzt. Dazu zählt z.B. die Streichung von Aufbewahrungspflichten in der Pfandleiher- sowie der Makler- und Bauträgerverordnung. Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der Unionsfraktion möchte in den laufenden Beratungen mit dem Koalitionspartner zusätzliche Entlastungspunkte ergänzen. Zuvor fand eine Bundesratsinitiative u.a. von Baden-Württemberg, im Rahmen des MEG III die **Künstlersozialversicherung** abzuschaffen oder zu reformieren, keine Mehrheit in der Länderkammer. Kleinbetriebe klagen seit langem über das dortige bürokratische Abgabenerhebungs- und Überwachungssystem.

Die große Koalition will die **steuerliche Förderung des Privathaushaltes** als Arbeitgeber und Auftraggeber deutlich ausweiten und vereinfachen. Schon heute können 20 Prozent der Ausgaben für haushaltsnahe Dienstleistungen wie Kinderbetreuung oder Putzhilfen abgesetzt werden. Diese Quote bleibt unverändert. Doch während bisher Rechnungen bis maximal 3.000 Euro pro Jahr berücksichtigt werden, soll die Obergrenze nun auf 20.000 Euro steigen. Damit erhöht sich die maximale Steuerersparnis von 600 auf künftig 4.000 Euro. Das Handwerk fordert eine Erweiterung des erhöhten Steuerbonus auf alle Handwerkerleistungen.

Am Widerstand der SPD scheiterte die Absicht des CDU-geführten Familienministeriums, im unlängst beschlossenen Gesetz zum Ausbau der **Kinderbetreuung** private Träger grundsätzlich gemeinnützigen gleichzustellen. Damit bleibt es weiterhin den Ländern überlassen, ob sie auch gewerbliche Einrichtungen mit Ausbaumitteln unterstützen. Derzeit schließen das Berlin, Bremen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein komplett aus, während Baden-Württemberg und das Saarland sich nun der privaten Förderung öffnen. Nur elf Prozent aller Kitas für unter Dreijährige sind in Deutschland bislang in gewerblicher Hand, zum Beispiel als Betriebskrippen. Gegen die Gleichbehandlung mit karitativen und öffentlichen Trägern hatten sich auch die Kirchen stark gemacht.

Bund und Länder haben sich nach monatelangem Streit bei der **LKW-Maut** geeinigt. Der Kompromiss folgt weitgehend dem Konzept des Verkehrsministers, die Gebühren an die gestiegenen Wegekosten anzupassen und stärker nach Schadstoffklassen zu differenzieren. Nur für Euro-III-Lastwagen, die rund die Hälfte der deutschen Flotte ausmachen, soll die Maut 2009 und 2010 um 2 Cent pro Kilometer weniger steigen. Im Gegenzug werden aber die Sätze für alle übrigen LKW dauerhaft um 0,1 Prozent zusätzlich erhöht. Das Speditionsgewerbe reagierte empört und sprach von einer Mogelpackung mit Zusatzbelastungen von 1,8 Mrd. Euro.

Angesichts der jüngsten Skandale beim illegalen Handel mit gestohlenen Kundendaten werden innerhalb der großen Koalition Stimmen für eine deutliche Verschärfung der rechtlichen Vorgaben laut. Im Raum steht als Kernforderung der Datenschützer, die Nutzung von Basisdaten wie Name, Adresse und Zielgruppenmerkmal für Werbezwecke künftig vom ausdrücklichen Einverständnis des Betroffenen abhängig zu machen. Die mittelständisch geprägte Branche des Direktmarketing warnt vor entsprechenden Änderungen bei der laufenden Novelle des **Bundesdatenschutzgesetzes** (BDSG). Wegen einiger unbestritten schwarzer Schafe drohe dann das Aus vieler unbescholtener Dienstleister, die in den letzten Jahren gerade im Call-Center-Bereich für Hunderttausende nicht oder gering Qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen haben. PKM-Chef Dr. Michael Fuchs, MdB, warnte denn auch davor, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Man dürfe wegen krimineller Machenschaften einiger Weniger nicht eine ganze Branche an den Pranger stellen und die Existenz seriöser Unternehmen gefährden. Die CDU/CSU-Mittelstandspolitiker bemühen sich deshalb um eine Versachlichung der Diskussion.

Die Europäische Kommission macht sich dafür stark, Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten und einem Jahresumsatz unter 2 Mio. Euro von der Einhaltung der EU-Richtlinien zur **Rechnungslegung** zu befreien. In einer Konsultation hatten sich zuvor 59 Prozent der befragten Unternehmen, Verbände und nationalen Behörden für diesen Schritt ausgesprochen. Nach Berechnungen der EU-Expertengruppe zum Bürokratieabbau unter Leitung des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) könnten die betroffenen Betriebe jährlich rund 1.200 Euro an Kosten sparen, wenn sie nicht länger Jahresabschlüsse erstellen müssten. Das Gesamtentlastungsvolumen betrüge 5,7 Mrd. Euro. Weil einige Länder Bedenken gegen eine verpflichtende europarechtliche Befreiung äußerten, schlägt die Kommission nun als Kompromiss vor, dies künftig den einzelnen Mitgliedstaaten selbst zu überlassen.

kss

Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft stärken

Auf dem Landesmittelstandstag der MIT Hessen machte der MIT-Landesvorsitzende Edwin Balzter deutlich, dass eine Rückkehr zu den Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft zwingend erforderlich ist. „Wir müssen den Menschen wieder mehr Freiheit geben und die Lust auf Leistung fördern. Es kann nicht sein, dass eine schrumpfende Schar von Leistungsträgern eine ständig steigende Zahl von Transferempfängern finanzieren muss“, so Balzter.

Zahlreiche Mittelständler hatten den Weg ins nordhessische Bad Arolsen angetreten, um auf dem 33. Landesmittelstandstag der MIT Hessen gemeinsam Strategien für eine Stärkung der gesellschaftlichen Mitte zu entwickeln. Prominente Gäste waren der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann, der Hessische Wirtschaftsminister Dr. Alois Rhiel sowie der Europaabgeordnete Thomas Mann. Auch die Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Judith Lannert, war dabei.

Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann stellte in seiner Rede dar, wo die derzeitigen Schwachstellen des politischen Systems liegen: „Die bürgerlichen Schichten fühlen sich vernachlässigt. Die CDU muss sich wieder zu einem eindeutigen wirtschaftlichen Kurs bekennen.“ So sei die Einführung von Mindestlöhnen kontraproduktiv: „Die Unternehmen haben nicht die Aufgabe der Existenzsicherung, sondern der Wertschöpfung.“ Zur Entlastung der Unternehmen wäre eine radikale Steuerreform erforderlich. Diese scheitere jedoch an den Widerständen derjenigen, die von einem komplizierten Steuersystem profitieren.

Dr. Schlarmann (4.v.l.) mit dem MIT-Landesvorstand Hessen und Wirtschaftsminister **Dr. Alois Rhiel** (2.v.l.) beim Landesmittelstandstag in Hessen.

RÜCKENDECKUNG FÜR SCHLARMANN

Die hessische MIT unterstützte mit einem Initiativantrag des Landesvorstandes den MIT-Bundesvorsitzenden: „Der 33. Landesmittelstandstag der MIT Hessen unterstützt ausdrücklich die deutlich artikulierten Forderungen des MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann nach einer Rückkehr zu den klaren Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft Erhardscher Prägung.“

Bleibe im Ländle, nähre Dich redlich

Der MIT-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, Peter Ibbeken, stellte sich kürzlich dem Neumitglied und Gastronom Christian Maier persönlich vor und begrüßte ihn in der MIT. Dabei erfuhr Ibbeken von einer Verärgerung angesichts unbedachter kommunaler Vergaben. So wurde bei der Essensversorgung für Gymnasien ein Großunternehmen an der holländischen Grenze ausgewählt, welches die jungen Menschen in Konstanz für die nächsten Jahre mit Tiefkühlkost versorgt.

Ibbeken machte deutlich, dass Prioritäten gesetzt werden und leistungsstarke, regionale mittelständische Betriebe bessere Berücksichtigung finden müssten. Mit Blick auf ein starkes Baden-Württemberg als auch auf den Schutz der Umwelt sei es sinnvoller, gastronomische Betriebe mit Arbeitsplätzen in der Region zu beauftragen, anstatt über viele hundert Kilometer Kühlkost zum Bodensee zu transportieren, nur weil es auf den ersten Blick „billiger“ sei.

Peter Ibbeken (rechts) nahm sich der Sorgen des Gastwirts Christian Maier an.

Motivation durch Menschenkenntnis

Kommunikationsfähigkeit ist heute eine der Schlüsselqualifikationen der modernen Informationsgesellschaft. Zu einer guten Kommunikation gehört immer auch eine gute Menschenkenntnis als Grundlage für ein besseres Miteinander. Über 35 Gäste lauschten zu diesem Thema der Journalistin und TV-Moderatorin Christine Mühlenhof. Der Berliner MIT-Kreisverband Steglitz-Zehlendorf hatte im Rahmen seines Mittelstandsclubs Mittelständler und Interessierte eingeladen, um mit der Methode des Enneagramms mehr über sich und seine Mitmenschen und Mitarbeiter zu erfahren.

MIT NRW hat Lust auf Erfolg

Zur 11. Landesdelegiertenversammlung der MIT NRW in Mülheim an der Ruhr konnte der MIT-Landesvorsitzende und Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, Hartmut Schauerte, MdB, über 300 Delegierte und zahlreiche Gäste begrüßen. Unter dem Motto: ‚NRW: Lust auf Erfolg' stand ein vielseitiges Programm auf der Tagesordnung. Bereits zu Beginn diskutierten die Delegierten kritisch über den wirtschaftspolitischen Kurs der Bundespartei und beschlossen einstimmig einen Initiativantrag, in dem die Rückkehr zu den klaren Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard gefordert wird. Die diesbezüglich klaren Aussagen des MIT-Bundesverbandes wurden ausdrücklich unterstützt.

Des Weiteren wurde deutlich, dass die MIT die Große Koalition schon heute für ein Auslaufmodell hält. Die Geduld mit dem Berliner Koalitionspartner ist aufgebraucht. Für die kommende Legislaturperiode wünscht man sich eine bürgerliche Mehrheit mit der FDP und ein klareres, sowie ein schärferes wirtschaftspolitisches Profil der Union. Außerdem wurde das landespolitische Programm **„NRW: Lust auf Erfolg!"** einstimmig verabschiedet. Die letzten drei Jahre unter CDU/FDP-Regierung haben aus dem zuvor von Rot-Grün gezeichneten NRW mit defizitärem Haushalt, hohen Arbeitslosenzahlen und Ausfallstunden in den Schulen in Millionenhöhe ein „Aufsteigerland" gemacht. Die Wirtschaftsdaten zeigen nach oben und auch der Glaube der Bürger, dass NRW das mittelständische und industrielle Herz Deutschlands ist, ist wieder zurückgekehrt.

Hartmut Schauerte, MdB, setzt sich dafür ein, am Leitgedanken „Privat vor Staat" festzuhalten.

MIT-Wirtschaftspreis für H.- O. Henkel

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Rheinland-Pfalz hat dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, in Mainz den diesjährigen Wirtschaftspreis verliehen. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis würdigt nach den Worten des MIT-Landesvorsitzenden Josef Geyer das langjährige und beispielhafte Wirken Henkels. Er habe mit ordnungspolitischer Klarheit und Konsequenz eine Wirtschaftspolitik nach den Maßstäben der Sozialen Marktwirtschaft verfochten. Dies stellte auch der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann in seiner Laudatio heraus. In einer eindrucksvollen Rede mahnte der Preisträger, dass nicht nur die Rechtsordnung und die Institutionen in Staat und Gesellschaft Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind. Es komme elementar auf die Kultur eines Landes an, die die Maßstäbe des Verhaltens und des Urteilens vermittelt. Mit der gleichen Leidenschaft wie für die Soziale Marktwirtschaft warb Henkel für die Menschenrechte.

Foto: Klaus Benz

Josef Geyer überreicht den MIT-Wirtschaftspreis an **Prof. Dr. Hans-Olaf Henkel.**

MIT Hamburg zu Besuch in der „Schinkenkate"

Mitglieder der MIT Hamburg besuchten das mittelständische Familienunternehmen Abraham Schinken in Seevetal. Das 1971 gegründete Unternehmen produzierte in den Anfangsjahren 20.000 Schinken. Heute sind es über 16.000 Tonnen Schinken bei einer Mitarbeiterzahl von über 650 Menschen. Trotz der erfolgreichen Bilanz des Familienunternehmens zieht auch hier die verschärfte Kostensituation nicht spurlos vorbei. Insbesondere der Anstieg der Energiekosten mit einer Verteuerung im zweistelligen Prozentbereich sei Anlass zu ernster Besorgnis. Damit ergibt sich ein deutlicher Wettbewerbsnachteil gerade für mittelständische Unternehmen.

BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

man kann sich weiß Gott nicht nur schönere, nein auch bessere Zeiten vorstellen als diese. Chaostage in Berlin: die Finanzkrise, das Wahldesaster der CSU, der Streit um die Erbschaftsteuer – entschlossene Führung sieht anders aus. Ratlosigkeit im Raumschiff, die Kaninchen starren auf die Schlange – reglos, ideenlos, mutlos.

Hoffen wir, dass unsere politischen und wirtschaftlichen Eliten nicht nur schnellstens wieder handlungsfähig werden, sondern auch das Richtige und Gebotene tun.

Eigentlich scharen sich die Menschen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen um jene, denen sie am ehesten die Lösung dieser Probleme zutrauen, die über die größere wirtschaftliche Kompetenz verfügen – früher war das stets die Union. Heute dagegen verliert die Union in dieser Phase vier Prozent und fällt in der Demoskopie auf 33 Prozent, nur noch sechs Punkte trennen sie von der SPD. Vor wenigen Monaten waren es noch ganze 17! Von Kompetenzvorsprung also keine Spur. Im Gegenteil: Die Bayernwahl war die zehnte Wahl in Folge, die die Union seit der letzten Bundestagswahl in Serie verlor. Und es wird, so steht zu fürchten, nicht die letzte sein.

Denn: Der Kanzlerinnen-Bonus will einfach nicht auf dem Unions-Konto ankommen. Die CDU als Partei wird nicht mehr hinreichend wahrgenommen, die CDU-Vorsitzende ist mehr Koalitionskanzlerin als Parteiführerin, heißt es. Zeit, wieder mehr die Wirtschafts- und Arbeitsmarktthemen in den Fokus zu rücken und das wirtschaftspolitische Profil der Union endlich wieder zu schärfen.

An dieser Stelle zitiere ich gern aus Leser-Zuschriften, weil die meisten mitten aus dem Leben gegriffen sind und uns auf der Baustelle Berlin immer wieder vor Augen führen, wie weit weg so manch einer von uns mittlerweile entfernt ist von dem, was man Lebenswirklichkeit nennt.

Und so frage ich einfach mal uns alle: Wann waren wir zuletzt bei Aldi oder Lidl einkaufen? Haben wir irgendwann noch mal ein paar Schuhe zum Schuster gebracht, uns in einer Werkskantine angestellt, in einer Postfiliale Briefmarken gekauft oder an einem Bahnhof eine Fahrkarte? Wissen wir noch, wie man in unserer Heimatstadt eine Straßenbahnkarte löst, wie man ein Auto anmeldet, Wohngeld beantragt und wie man sich fühlt, wenn man ein Vierteljahr auf einen Termin beim Augenarzt warten muß?

Nein?

Wussten Sie, dass Menschen einen Kettensägenlehrgang machen müssen, die schon 30 Jahre im Wald arbeiten? Ist Ihnen bekannt, dass ältere Jäger, die schon mehr als 1.000 Stück Wild zerwirkt haben, plötzlich zu einem Lehrgang über den richtigen Umgang mit Wild verdonnert werden? Hat Ihnen schon mal jemand gesagt, dass es verträumte, kaum befahrene Landstraßen gibt, auf denen die Polizei am Sonntagmittag Jagd auf Raser macht?

Auch aus diesen Quellen speisen sich Verdrossenheit, Desinteresse, Wahlenthaltung, Politikflucht und Vertrauensschwund. Die Liste der Beispiele ist so lang wie die der Versäumnisse. Fortsetzung folgt.

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag und Redaktion
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefon: 04305 / 992 995
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Parlamentsredaktion
Karl-Sebastian Schulte (kss)
Telefon: 0 30/75 70 91 70, Telefax: 01212 / 531 801 671
E-Mail: kss@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
dpa-picture-alliance

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: bk@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Nielsen II, V, VII
Verlagsvertretung Getz,
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09
Nielsen III a, III b, IV
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20
Nielsen I, VI
MSM Medienservice Meins,
Telefon: 04102 / 3 15 78 , Fax 04102 / 3 15 38
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. 1. 2008

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 31,– € incl. 7 % Mehrwertsteuer.
Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr. Von Rückfragen bitten wir abzusehen.
ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

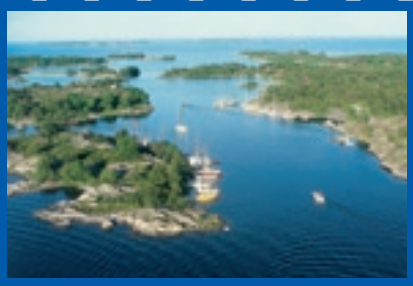
IVW geprüft

Leserreise

Kreuzfahrt mit dem 3-Sterne-plus-Schiff COLUMBUS entlang der historischen Ostseeküste*

vom 25. Mai bis 6. Juni 2009

* lt. Berlitz Cruise Guide 2008



Cuxhaven • Sassnitz/Rügen • Danzig/Polen • Stockholm/Schweden • Helsinki/Finnland • St. Petersburg/Russland • Tallinn/Estland • Klaipeda/Litauen • Roenne (Bornholm)/Dänemark • Kiel

Idyllisches, Prächtiges und Romantisches erleben Sie auf dieser Kreuzfahrt auf der Ostsee. Während der Passage durch den Nord-Ostsee-Kanal stimmen Sie sich mit dem Blick auf die norddeutschen Uferlandschaften auf die bevorstehenden Höhepunkte der Reise ein.
Schon von Weitem grüßen die weißen Kreidefelsen der Insel Rügen, die Caspar David Friedrich in seinen Gemälden verewigte. Auch Danzig mit seinen liebevoll restaurierten Patrizierhäusern ist ein wahres Schmuckstück. Nachdem Sie den beiden nordischen Hauptstädten Stockholm und Helsinki Ihre Aufwartung gemacht haben, empfängt St. Petersburg Sie mit all seiner glänzenden Pracht. Goldblitzende Türme, herrschaftliche Paläste und die unermesslichen Kunstschätze der Zarenzeit lassen Ihren Besuch zu einem unvergesslichen Erlebnis werden. Nach so viel majestätischem Prunk muten das mittelalterliche Tallinn sowie das litauische Klaipeda eher beschaulich, aber dadurch nicht weniger reizvoll an.
Kommen Sie an Bord und lassen Sie sich gefangen nehmen vom Charme der schönsten Ostseeperlen.

Frühbucherermäßigung in Höhe von € 50,– pro Person bei Buchung bis 15.11.2008

Enthaltene Leistungen:
• Kreuzfahrt in der gebuchten Kategorie • Derzeit geltender Treibstoffanteil • Hafengebühren • Vollpension an Bord • Tischwein und Softdrinks beim Abendessen • Vorträge und alle Veranstaltungen an Bord • Benutzung aller Bordeinrichtungen (außer Friseur und ähnliche Dienstleistungen), Föhn und Bademantel stehen zur Verfügung • Betreuung durch kompetente und erfahrene Reiseleiter während der Landausflüge • TUI LT Special Tours-Reiseleitung an Bord • Reiserücktrittskostenversicherung • Insolvenzversicherung

Reisepreis pro Person ab Cuxhaven/bis Kiel

in einer Vierbettkabine zur Zweibettbenutzung, innen	ab **€ 2.514**
in einer Zweibettkabine, außen	ab **€ 3.114**

Gerne senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich unseren ausführlichen Prospekt zu.
Rufen Sie noch heute an! **Ihre Leserreisen-Hotline: 04 21 - 322 68 80**
Montag bis Freitag von 8.00 bis 20.00 Uhr und Samstag von 8.00 bis 14.00 Uhr

TUI Leisure Travel Special Tours
Wachtstraße 17–24
28195 Bremen
Fax 04 21 - 3 22 68 38

KOMMT ÜBERALL HIN. DER NEUE KANGOO RAPID COMPACT.

NIMMT ALLES MIT. DER KANGOO RAPID.

www.renault.de

KANGOO RAPID COMPACT BASIS
1.5 dCi 50 kW (68 PS)
Leasingsonderzahlung: 2.299,– €
Monatliche Rate: 99,– €
Laufzeit: 36 Monate
Gesamtlaufleistung: 30.000 km

99,– €/Monat*

*Preise sind Nettoangaben zzgl. gesetzlicher USt. Ein Angebot der Renault Leasing. Bei allen teilnehmenden Renault Partnern.

ZWEI FÜR ALLE FÄLLE. Der neue Kangoo Rapid Compact und der Kangoo Rapid – zwei Partner, mit denen Sie souverän jede Transportaufgabe lösen. Denn der eine ist besonders wendig und der andere ganz besonders geräumig. Was beide verbindet: hohe Qualität, solide, robuste Verarbeitung, enorme Variabilität und Funktionalität. Und natürlich viel Komfort. Noch eine Entscheidungshilfe? Dann beachten Sie bitte das gute Preis-Leistungs-Verhältnis. Denn den neuen Renault Kangoo Rapid Compact erhalten Sie schon ab 10.590,– Euro.
Gesamtverbrauch innerorts/außerorts/kombiniert: 5,9/5,0/5,3 l/100 km. CO_2-Emission: 140 g/km (Messverfahren gem. RL 80/1268/EWG). Abb. zeigen Sonderausstattung.

RENAULT